


www.laender-analysen.de/ukraine
KRIM-KRISE**AKTUELLE WIRTSCHAFTSLAGE****DIE INTERIMSREGIERUNG VON ARSENIJ JAZENJUK****SANKTIONEN GEGEN UKRAINISCHE BEAMTE**

■	KOMMENTAR	
	Russische Außenpolitik: alte und neue Handlungsmuster im Konflikt mit der Ukraine	2
	Von Regina Heller, Hamburg	
	Die Krim-Krise – am Rande eines neuen Kalten Kriegs	3
	Von Katerina Malygina, Bremen	
■	ANALYSE	
	Neue Regierung, IWF und EU vor extremen wirtschaftspolitischen Herausforderungen	6
	Von Gunter Deuber, Wien	
■	STATISTIK	
	Wirtschaftsindikatoren	12
■	DOKUMENTATION	
	Neue und alte Regierung	16
	Parteizugehörigkeit der Gouverneure der Regionen vor und nach dem 21. Februar 2014	18
■	KOMMENTAR	
	Was Nuland sagen wollte – Die EU und ihre Sanktionsdebatte	19
	Von Jan Matti Dollbaum, Berlin/Mainz	
■	TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
	Debatte über Sanktionen gegen ukrainische Beamte	20
■	CHRONIK	
	24. Februar – 9. März 2014	23



KOMMENTAR

Russische Außenpolitik: alte und neue Handlungsmuster im Konflikt mit der Ukraine

Von Regina Heller, Hamburg

Zusammenfassung

In der Ukraine-Krise offenbart Russland bereits bekannte, aber auch ganz neue außenpolitische Handlungsmuster. Nach der Absetzung Wiktor Janukowytschs setzt Moskau alles daran, erstens, auf der Krim zügig Fakten zu schaffen, zweitens, westliche Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Krise zu blockieren, und, drittens, in der Ostukraine mit Hilfe einer Medienkampagne die Bevölkerung dort weiter zu politisieren und gegen die neuen Kräfte in Kiew zu mobilisieren. Während all dies durchaus bekannten außenpolitischen Mustern folgt, deuten die Entschlossenheit, mit der der Kreml in der Krim-Krise seine militärische Stärke demonstriert, sowie die Tatsache, dass westliche Kritik an Moskaus Vorgehen im Kreml scheinbar vollkommen ignoriert wird, auf neue Verhaltensmuster hin. Dennoch geht es Moskau nicht zuletzt auch darum, sich im Westen Gehör für die eigene Sicht der Dinge zu verschaffen – mit vielleicht verheerenden Folgen.

Alte Muster: Fakten schaffen, Krisendiplomatie blockieren, Desinformation streuen

Ob bei der Besetzung des Flughafens von Pristina 1999, dem überfallartigen Einmarsch in Südossetien 2008 oder nun der handstreichartigen, wenn auch inoffiziellen Besetzung der Krim – in allen Fällen schafft Russland, oft mit Hilfe rasch etablierter Marionettenregierungen, Sondertruppen und auch des Militärs, zügig Fakten. Zwar erscheinen diese Aktionen stets wohl orchestriert und durchgeplant, doch sie sind weniger Ausdruck langfristiger strategischer Planung als vielmehr Ad-hoc-Reaktionen auf unerwünschte Entwicklungen. Attraktiv ist eine solche Handlungsweise für Moskau deshalb, weil sie kurzfristig kaum Kosten verursacht und nur mit einem geringen Risiko des Scheiterns verbunden ist. Die längerfristigen Kosten werden ausgeblendet oder erst gar nicht wahrgenommen. In diesem Sinne treibt die pro-russische Marionettenregierung auf der Krim die Abspaltung von der Ukraine zügig voran.

Zu erwarten ist, dass Moskau jegliche diplomatischen Bemühungen des Westens solange blockieren wird, bis das Referendum auf der Krim über den Anschluss an Russland, das mittlerweile auf den 16. März 2014 vorverlegt wurde, stattgefunden hat. Ebenso wenig wird Moskau substanzielle Zugeständnisse machen, bevor der Westen sich von der von Russland als illegitim angesehenen Übergangsregierung in Kiew distanziert hat. Auch dies ist ein bekanntes Muster russischer Außenpolitik: Krisendiplomatie zu blockieren, wenn Moskau von unerwünschten Entwicklungen überrollt wird und die eigenen Interessen gefährdet zu sein scheinen. Proaktive Schritte, die eine Deeskalation der Lage in der Ukraine in Gang setzen könnten, sind im Moment von Russland also nicht zu erwarten.

Ein weiteres bekanntes Instrument ist der Einsatz medialer Desinformation. Insbesondere in der Ostu-

kraine wird von russischen Medien gezielt Stimmung gegen die neue Regierung in Kiew gemacht. Es scheint zwar zunächst nicht das Ziel Moskaus zu sein, ein Auseinanderbrechen der Ukraine herbeizuführen oder gar den Anschluss der Ostukraine an Russland zu forcieren, wohl aber sollen die Fliehkräfte in der Ukraine verstärkt werden. Am Ende könnte eine ukrainische Föderation stehen, deren weitgehend autonome Gebiete selbst bestimmen, wohin sie sich ausrichten wollen.

Neue Entschlossenheit: militärische Drohgebärden und Ignorieren westlicher Kritik

Neben den bereits bekannten Handlungsmustern lassen sich jedoch auch neue Verhaltensweisen ausmachen. Auffallend ist vor allem, wie schnell Moskau das Militär als Mittel zur Verteidigung der Interessen ethnischer Russen in der Ukraine ins Spiel gebracht hat. Im Georgienkrieg hatte Russland mit der Mobilisierung des Militärs noch bis zum tatsächlichen Ausbruch von Gewalt in Südossetien abgewartet, im aktuellen Fall wurde mit der Entscheidung, Truppen auf die Krim und bei Bedarf auch ins ukrainische Kernland zu schicken, vorseilend gehandelt.

Neu ist auch das demonstrative Desinteresse der russischen Führung an der Kritik aus dem Westen. Präsident Putin hat in seiner Erklärung vor der russischen Presse strikt darauf beharrt, dass Russland keinerlei völkerrechtswidriges Verhalten an den Tag gelegt habe und alle Schritte, einschließlich der Mobilisierung der Streitkräfte, rechtskonform seien. Stattdessen hat er dem Westen vorgeworfen, er bewege sich mit der Unterstützung der Übergangsregierung in Kiew außerhalb des Rechts. Auch die Androhung und Verhängung von Sanktionen seitens des Westens scheinen nur mäßige Wirkung zu zeigen. Putin fühlt sich im Recht, trotz des Verstoßes

gegen das Budapest-Memorandum von 1994 und der Verfassungswidrigkeit des Referendums auf der Krim. Er inszeniert sich nach außen als unverwundbar und will zeigen, dass er die Lage unter Kontrolle hat.

Russlands Tragik

Putin und andere offizielle Regierungsvertreter in Moskau haben immer wieder beteuert, es gehe ihnen weder um die Destabilisierung der Ukraine noch darum, einen neuen Kalten Krieg in Europa zu entfachen. Russland sei an einer stabilen und prosperierenden Ukraine interessiert und man wolle auch keine Trennlinien in Europa, sondern gemeinsam mit dem Westen an einem verein-

ten Europa bauen. Der Westen mag diese Botschaft in der Vergangenheit nicht gehört und auch nicht ernst genug genommen haben. Mit seinem Vorgehen will Putin erzwingen, dass Russlands Anliegen nun endlich gehört und respektiert wird. Doch eine Politik, die eine konstruktive Lösung für die Ukraine nicht zulässt und dabei die Konfrontation sowohl mit Kiew als auch mit dem Westen förmlich zu suchen scheint, ist dafür kaum geeignet. Sie provoziert das Gegenteil von dem, was Putin so sehr beteuert: Instabilität und Chaos statt Stabilität und Wohlstand in der Ukraine und eine weitere Entfremdung vom Westen statt gegenseitigem Respekt und Vertrauen.

Über die Autorin

Regina Heller, Dr. phil., ist Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf russischer Innen- und Außenpolitik. Sie leitet derzeit ein DFG-Forschungsprojekt zum Thema »Claiming respect – the socio-emotional dimension of Russia's relations with the West«.

Die Krim-Krise – am Rande eines neuen Kalten Kriegs

Von Katerina Malygina, Bremen

Das Gespenst der Revolution

Die inoffizielle Besetzung der Krim stellte das internationale Image Russlands in Frage und führte zu seiner diplomatischen Isolation und, mit dem Zusammenbruch der russischen Börse und der Abwertung des Rubels, zu wirtschaftlichen Verlusten. Diese Verluste sind aber offenbar nichts im Vergleich zu dem, was Wladimir Putin verloren hätte, wenn er die ukrainische Revolution stillschweigend geduldet hätte. Der Preis ist so hoch, da es vor allem um Machtsicherung geht.

Vor zehn Jahren führte die Angst vor farbigen Revolutionen auf dem Territorium Russlands zu einer erhöhten staatlichen Kontrolle über die Medien und die Aktivitäten von Nicht-Regierungs-Organisationen. Eine Weile lang haben diese internen Maßnahmen die innere Stabilität in der Tat garantiert. Doch im Jahr 2011 begannen auch in Russland Massenproteste und gerade sie haben die Kosten für das erhöht, was heute geschieht. Man konnte die Proteste zwar ersticken, vor allem durch die Verabschiedung strenger Anti-Protest-Gesetze, die Angst vor ihrer Wiederholung ist aber stark geblieben. Die internen Maßnahmen sind auf der rechtlichen Ebene allerdings bereits ausgeschöpft. Deswegen greift Putin nun zu härteren externen Maßnahmen.

Aus Putins Sicht war die Invasion auf der Krim somit die einzig richtige Reaktion auf die Entwicklungen in der Ukraine. Es ist kein Zufall, dass die Krim-Krise an

dem Tag begann, an dem in Kiew die neue Regierung gebildet wurde. Diese neue Regierung hält der Kreml für illegitim – formal wegen eines »verfassungswidrigen Staatsstreichs«, de facto aber wegen ihrer pro-europäischen und damit anti-russischen Position. Die antirussische Haltung Kiews besteht jedoch nicht auf einer inter-ethnischen oder interkulturellen Ebene, wie es der Kreml darstellt. Die ukrainische Seite hat vielfach erklärt, dass sie gegen den »imperialistischen Kreml« mit seiner Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine kämpft und nicht gegen das russische Volk. Darüber hinaus waren die anti-russischen Demarchen, die Moskau zur Legitimierung der Invasion benutzte, zumindest nicht systematisch und meist mithilfe von Propaganda künstlich konstruiert. Der Hauptbeweis dafür ist die friedliche Antwort der Ukrainer auf die Ereignisse auf der Krim. Damit haben sie eindeutig gezeigt, dass sie einen militärischen Konflikt mit Russland vermeiden wollen und den Provokationen sowie dem großen psychologischen Druck nicht nachgeben. Im Endeffekt waren die vom Kreml beschriebenen »Faschisten« und »Extremisten« nicht extremistisch genug und schossen gar nicht.

Gescheiterter Blitzkrieg

Putins Plan ist fehlgeschlagen. Der Blitzkrieg, für den er die Schuld den ukrainischen »Extremisten« zuschie-

ben wollte, war nicht erfolgreich. Und auch das Minimalprogramm – die Schaffung eines Gefühls von Chaos und Gesetzlosigkeit, das durch russische Fernsehkanäle verbreitet wurde – ist gescheitert. Aus diesem Grund musste Russland von der Offensive auf die Defensive umschalten. Moskau begann sich zu verteidigen und das mag es gar nicht. Genau so ist Putins Pressekonferenz vom 4. März zu verstehen, auf der er erklärte, dass es auf der Krim keine Zusammenstöße gäbe und deshalb keine Notwendigkeit für einen Militäreinsatz in der Ukraine bestehe. Vor kurzem änderte sich auch der Ton des russischen Außenministeriums. Besonders am 8. März sagte Lawrow deutlich, dass Russland nicht akzeptieren werde, dass man es als Partei des ukrainischen Konflikts darstellt. Diese Aussage erfolgte, nachdem das russische Außenministerium – wenn auch mit der Einschränkung »im Rahmen der Vereinbarungen« – am 27. Februar offiziell bestätigt hatte, einzelne gepanzerte Fahrzeuge der Schwarzmeerflotte disloziert zu haben, und nachdem der Kreml den Soldaten der aufgelösten ukrainischen Einheit »Berkut« befohlen hatte, russische Pässe zu verteilen, und nachdem von der Staatsduma die Erlaubnis zum Einsatz russischer Truppen gegeben worden war.

Trotz dieser Verschiebung der Schwerpunkte hat der Kreml seine Position nicht geändert und er wird sie wahrscheinlich auch nicht ändern. Denn das wäre gleichbedeutend mit einer Niederlage, d. h. der Anerkennung der Tatsache, dass Russland den Konflikt auf der Halbinsel provoziert hat. Heute hält der Kreml an seiner Linie fest, laut der die Zahl der russischen Soldaten auf der Krim der im Schwarzmeerflotten-Vertrag vereinbarten Grenze entspricht und die unmarkierten Militärs lokale »Selbstverteidigungs«-Einheiten sind. Nach Moskaus Logik ist es die lokale »Selbstverteidigung«, die die internationalen Beobachter daran hindert, den umstrittenen Militäreinsatz der russischen Truppen auf der Krim zu überprüfen. Aber wenn Russland nichts zu verbergen hat, warum weigert es sich dann, der OSZE-Mission Zugang zu den russischen Militäranlagen auf der Krim zu gewähren und vermeidet direkte Verhandlungen mit der Ukraine? Klar, der Kreml erkennt die neue ukrainische Regierung nicht an. Das ukrainische Parlament erkennt er aber an, schließlich hat Putin es während seiner Pressekonferenz für teilweise legitim erklärt.

Die neue Taktik – Anschluss der Krim?

Die russische »humanitäre Mission« zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung auf der Krim sah in den Augen der Weltgemeinschaft im Ergebnis sehr wenig überzeugend aus. Daher entschied sich der Kreml, seine Taktik zu ändern. Am 6. März hat das Krim-Parlament den Anschluss der Krim an Russland und die Verschie-

bung der Volksabstimmung vom 30. auf den 16. März beschlossen. Zusätzlich zu der Frage nach einer Erweiterung der Krim-Autonomie in der Ukraine enthält das umstrittene Referendum nun die Frage nach einem Beitritt zu Russland.

Heute besteht der Kreml darauf, dass eine solche Volksabstimmung Ausdruck eines legitimen Rechts auf Selbstbestimmung sei, dass das Krim-Parlament diese Entscheidung allein getroffen habe und dass Russland hier nicht behilflich gewesen sei. Darüber hinaus distanzierte Putin sich auf der Pressekonferenz am 4. März von einer möglichen Annexion der Krim und sagte, dass Russland niemanden provoziere und die Stimmung nicht anheize. Die Fakten erzählen jedoch eine andere Geschichte. Schon am 28. Februar wurden in die russische Staatsduma zwei Gesetzentwürfe eingebracht – einer über den Anschluss neuer Gebiete an Russland, der andere über eine Vereinfachung des Erhalts der russischen Staatsbürgerschaft für russischsprachige Bürger ausländischer Staaten. Genau am Tag von Putins Pressekonferenz wurden beide Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung gesetzt. Putins Zusicherung der Nichteinmischung zum Trotz: Wie sind solche Entscheidungen zu interpretieren, wenn nicht als Provokation?

Offenbar war Moskau bereit für ein Anschluss-Szenario, wollte es aber nur im Notfall realisieren. Die Tatsache, dass es eine Änderung der Taktik gab, wird von folgenden Ereignissen bestätigt: Noch am 1. März schlug die russische Staatsduma die Föderalisierung des Landes als möglichen Weg aus der Krise vor. Darüber hinaus beinhaltete das Krim-Referendum in seiner ursprünglichen Form nicht die Frage nach dem Beitritt der Krim zu einem anderen Staat. Als das Krim-Parlament am 27. Februar zum ersten Mal die Absicht erklärte, am 25. Mai ein Referendum abzuhalten, war seine einzige Frage die nach dem Status der Autonomie und der Erweiterung ihrer Rechte. Diese Frage blieb auch am 1. März auf der Agenda, als beschlossen wurde, die Volksabstimmung auf den 30. März zu verschieben. Auch am 3. März bestätigte das Krim-Parlament in einer Erklärung, dass die Krim weder unabhängig werden noch sich anderen Staaten anschließen wolle. Unter diesen Umständen ist es schwierig, sich vorzustellen, dass die Entscheidung der Krim über ihre Abspaltung ohne vorherige Zustimmung des Kreml gefällt wurde.

Die Ukraine hat die Krim de facto verloren

Somit waren es nicht »Faschisten« und »Neo-Nazis«, die die russischsprachige Bevölkerung bedroht haben, es waren vielmehr die Verheißungen der finanziellen Unterstützung und der Angliederung an Russland, die die süd-östlichen Regionen der Ukraine »erweckt« haben. In den ersten Tagen der Krim-Krise gab es tat-

sächlich keine Massendemonstrationen im Osten und auf der Krim. Diese begannen erst ein paar Tage später, als der Anschluss der Krim an Russland schon fast real geworden war. Heute können wir getrost behaupten, dass die Ukraine die Krim verloren hat. Dafür gibt es mindestens drei Gründe.

Erstens versucht die Krim schon seit langem vergeblich, größere Autonomie zu erlangen. Der neue Minister für Regionalpolitik Wolodymyr Groisman behauptete jedoch, die Frage der Dezentralisierung betreffe den Südosten der Ukraine genauso wie den Westen, wo die Menschen massiv zum Arbeiten ins Ausland abgewandert sind. Bereits am 4. Februar haben die Krim-Abgeordneten zum ersten Mal ihre Absicht erklärt, ein Referendum über den Status der Krim abzuhalten und sich mit der Bitte um Hilfe an Russland zu wenden. Als Reaktion darauf haben die Abgeordneten der Partei Vaterland die Auflösung des Krim-Parlaments vorgeschlagen, die Abgeordneten der Partei Freiheit reagierten noch härter und drohten für den Fall separatistischer Bestrebungen Strafverfolgung an. Als die Referendumsfrage am Ende des Monats wieder auf die Tagesordnung des Krim-Parlaments gesetzt wurde, reagierte die neue Regierung in Kiew jedoch kaum. Erst am 5. März gab der neue Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk den Auftrag, eine Gebietsreform vorzubereiten. Als die Frage nach einem Beitritt zu Russland per Volksabstimmung gestellt werden sollte, erklärte der Interimspräsident Oleksandr Turtschynow das Krim-Referendum für »illegal« und suspendierte die Entscheidung des Krim-Parlaments.

Der zweite Grund für den Verlust der Krim ist die langjährige Beeinflussung der Bevölkerung auf der Halbinsel durch die russischen Fernsehsender. Seit dem Beginn des Euromaidan in Kiew spiegelt die Rhetorik der Krim-Regierung die russische Propaganda wider. Die russischen Medien haben die Massenproteste als eine Versammlung von Faschisten, Nationalisten und Antisemiten beschrieben und damit unter der Krim-Bevölkerung eine echte Angst um ihr Schicksal geschürt. Es ist bezeichnend, dass auch jetzt, auf dem Höhepunkt der Krise, ein Informationskrieg auf der Krim stattfindet. Schon am 5. März hatten die ukrainischen Fernsehsender erste Probleme mit der Ausstrahlung, am 9. März wurde diese dann vollständig gestoppt. Auf einigen ihrer Frequenzen werden jetzt die russischen TV-Kanäle gesendet.

Dennoch gaben die ersten Schritte der neuen Regierung tatsächlich Anlass zur Besorgnis. Vom 22. bis zum 25. Februar hat die Werchowna Rada ein Gesetz zur

strafrechtlichen Verfolgung von Separatismus verabschiedet und das Sprachgesetz aus dem Jahr 2012 storniert, das der russischen Sprache den Status einer regionalen Sprache einräumte. Darüber hinaus hat die Partei Freiheit dem Parlament folgende Gesetzentwürfe vorgelegt: einen über die vorgezogenen Wahlen zum Krim-Parlament, einen zur Überwindung der Folgen der sowjetischen Besatzung (der im Wesentlichen die kommunistische Ideologie verbietet) und einen zum freien Erwerb und Besitz von Blankwaffen. Dass die neue Regierung am 28. Februar einen Rückzieher gemacht hat – Turtschinow hat den Widerruf des Sprachengesetzes nicht unterzeichnet –, reichte nicht, um die Lage im Land zu stabilisieren. Wie zu seiner Zeit Janukowytsch den Euromaidan ignorierte, so will die neue Regierung jetzt keinen Dialog mit der Krim führen.

Der dritte und wichtigste Grund für den Verlust der Krim ist schließlich die Aussicht auf einen höheren Lebensstandard in Russland. Völlig unabhängig zu werden, kann die Krim sich nicht leisten, denn sie wird stark von Kiew subventioniert (siehe Grafik 9 auf S. 15) und hängt sehr von der Versorgung mit Wasser und Strom aus der Zentralukraine ab. Auf die Möglichkeit ihres Anschlusses an Russland hat die Bevölkerung auf der Halbinsel allerdings sofort positiv reagiert. Als eines der wichtigsten Argumente dafür wird die Höhe der Gehälter und Renten in Russland genannt, die fast doppelt so hoch ist wie die in der Ukraine. Hier hat die Ukraine mit ihren akuten Finanzproblemen praktisch keine Gegenargumente.

Ausblick

Trotz der Tatsache, dass der Anschluss der Krim an Russland bereits von beiden Kammern der Staatsduma unterstützt wurde, bleibt es bisher unklar, ob Russland einen solchen Schritt in der Tat wagt. Die USA haben bereits erklärt, dass sie die Ergebnisse des Krim-Referendums nicht anerkennen werden und bereit sind, im Falle der Krim-Annexion zusätzliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Darüber hinaus haben die USA bereits begonnen, Kampfjets nach Polen und Schiffe ins Schwarze Meer zu verlegen. So hat Russland sich selbst in eine Sackgasse getrieben – die Nichtunterstützung der Bevölkerung auf der Krim, die höchstwahrscheinlich für den Anschluss an Russland stimmen wird, wäre unehrlich, ihre Unterstützung – gefährlich. Wie auch immer man es wendet, die Welt steht jetzt am Rande eines neuen Kalten Krieges, der nur durch einen konstruktiven Dialog vermieden werden kann.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«. Zugleich schreibt sie ihre Doktorarbeit über die Instrumentalisierung der Diskurse in der ukrainischen Gaspolitik.

Neue Regierung, IWF und EU vor extremen wirtschaftspolitischen Herausforderungen

Von Gunter Deuber, Wien

Zusammenfassung

Mit dem gewaltsam erreichten politischen Neuanfang in Kiew und der Eskalation auf der Krim ist die fragile finanzielle und wirtschaftliche Situation in der Ukraine kurzfristig eskaliert. Dies zeigen die massive Abwertung der Landeswährung und die Feststellung der neuen Übergangsregierung, dass die Ukraine nah am Staatsbankrott ist. Zudem wurde anschaulich, wie die Vorgängerregierung das Land heruntergewirtschaftet hat. Nach der erfolgten drastischen Währungsabwertung stehen nun weitere wichtige, aber politökonomisch schwierige wirtschaftspolitische Weichenstellungen an. Ohne Störmanöver könnte die neue Regierung wichtige wirtschaftliche Reformen vorantreiben; aber Russland ist offenbar genau an so einer Destabilisierung gelegen. Klar ist, dass die Ukraine neben tiefen Strukturreformen und Austerität auch massive Finanzhilfe und eine weitere Unterstützung des IWF und der EU bzw. weiterer bilateraler Geldgeber brauchen wird – zumal 2014 aller Voraussicht nach ein heftiger Wirtschaftseinbruch droht, verschärft mutmaßlich durch weitere Einflussnahme Russlands. Daher darf das noch auszuhandelnde IWF/EU-Unterstützungspaket die Ukraine nicht überfordern, sondern muss die Balance zwischen notwendigen Sparmaßnahmen und wirklicher Unterstützung wahren.

Die letzten Tage und Wochen in der Ukraine waren innen- und außenpolitisch beispiellos turbulent. Die politische Wende in Kiew gelang gewaltsam, der ehemalige Präsident Janukowysch floh nach Russland. Einige Beobachter sprechen – durchaus berechtigt – von dem einschneidendsten revolutionären Umbruch in Osteuropa seit 1989. Diese durchaus berechtigte Feststellung hat auch erhebliche Relevanz im wirtschaftlichen Bereich. Die jüngsten Entwicklungen eröffnen die Chance für einen sogenannten »Zweiten Neuanfang« für die Wirtschaft der Ukraine; die 1990er Jahre wurden nicht für eine wirkliche Umgestaltung genutzt. Dies bedeutet allerdings auch: Der Ukraine stehen kurzfristig schwierige wirtschaftliche Zeiten bevor. Daher ist es umso wichtiger, dass die neue Regierung in Kiew über hinreichende Kompetenz im Bereich Wirtschaft verfügt.

Das neue Kabinett von Arsenij Jazenjuk (siehe S. 16) umfasst mehrere im Wirtschaftsbereich sehr erfahrene Personen, aber auch Neueinsteiger mit Hintergründen in der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Auch Vertreter des Maidan, d. h. Führer der Selbstverteidigungseinheiten und Gruppen der Zivilgesellschaft, konnten sich als politische Spieler etablieren. Auf der einen Seite birgt das ein destabilisierendes Element, da diese ein geringes Vertrauen in die politische Klasse der Ukraine (einschließlich der Opposition und ihrer Führer) haben. Zudem provoziert das Verhalten Russlands auf der Krim diese Gruppe besonders – woran Russland gerade gelegen sein könnte. Auf der anderen Seite kann der gestiegene politische Einfluss der Zivilgesellschaft verhindern, dass die neue Regierung eine ähnlich schwache politische und wirtschaft-

liche Performance zeigt, wie die Mitte der 2000er Jahre nach der »Orangen Revolution«. Wichtig ist auch, dass zentrale Beschlüsse der neuen Regierung durch Vertreter der Partei der Regionen getragen wurden.

Insgesamt ist die Zusammensetzung der neuen Regierung begrüßenswert. Ihre Professionalität und Integrität scheinen höher als die der Vorgängerregierungen. Präsidentschaftswahlen sind für den 25. Mai angesetzt, auch Parlamentswahlen sollen möglichst rasch abgehalten werden. Doch wichtige Weichenstellungen über die wirtschaftliche und damit wohl auch über die politische Zukunft der Ukraine finden schon aktuell und in den kommenden Tagen und Wochen statt, z. B. im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Und da harte wirtschaftliche Sanierungs- und Reformmaßnahmen immer unpopulär sind, ist es von hoher Relevanz, dass die aktuelle Regierung – wie zuvor skizziert – über eine breite gesellschaftliche Unterstützung verfügt.

Allerdings ist die aktuelle Regierung massivem Gegenwind ausgesetzt. Die militärische Aggression Russlands gegenüber der bereits vorher semi-autonomen Krim bietet mit ihrer geopolitischen Dimension erhebliches Potenzial zur wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung der Ukraine. Zudem kann sich die neue Regierung in Kiew so weniger der Stabilisierung der desaströsen wirtschaftlichen Lage in der Ukraine widmen. Die wirtschaftlich und finanziell desaströse Lage der Ukraine ist in den letzten Wochen deutlich zu Tage getreten. Verschärft wurde die Situation sicherlich dadurch, dass die Janukowysch-Regierung bereits seit der Eskalation auf dem Maidan – trotz Dialogs mit

der Opposition und den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens – ihren Abgang vorbereitet hat. Noch ist unklar, wie viel Geld hier noch rasch außer Landes geschafft wurde. Angesichts der fragilen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Ukraine – reflektiert in einem hohen Leistungsbilanzdefizit und nahezu nicht existenten Devisenreserven – ist es auch nicht verwunderlich, dass die Ukraine schon rasch nach der politischen Wende eine mehr oder weniger intendierte massive Abwertung der Landeswährung erlebte. Bevor es eine funktionierende Regierung und ein offizielles IWF-Hilfsgesuch gab, stellte die Nationalbank der Ukraine (NBU) (auch angesichts einer gefährlich niedrigen Devisenreserveposition, die nur noch zwei bis drei Monate der Importe abdeckt) die bisherige Stützung der Landeswährung ein, was sich – wie zu erwarten war – als extrem riskante Strategie herausstellte.

Schockhafte Währungsabwertung

Innerhalb weniger Stunden verlor die Hrwnja im hohen zweistelligen Prozentbereich im Vergleich zu Dollar und Euro an Wert, wobei anzumerken ist, dass sich der Druck auf die Hrwnja schon länger aufgebaut und eine schleichende Abwertung bereits unter der Janukowytsch-Regierung im Jahr 2013 begonnen hat. Denn an sich ist der Abwertungsdruck durch ein (wachsendes) strukturelles Leistungsbilanzdefizit in Kombination mit schwindenden Devisenreserven der NBU fundamental begründet, während in den letzten Monaten zudem wichtige Handelspartner der Ukraine – Russland, Belarus und Kasachstan – ihre Währungen abwerteten. Im Falle der Ukraine ist das erhebliche Leistungsbilanzdefizit der letzten Jahre – trotz einer nahezu völligen Stagnation der Gesamtwirtschaft – äußerst bedenklich und deutet klar auf eine überbewertete Landeswährung hin, wobei die Art und der Zeitpunkt der Abwertung viele Fragen aufwerfen und damit auch auf (Implementierungs-)Risiken bei der anstehenden wirtschaftlichen Sanierung der Ukraine hinweisen. Denn die Abwertung lag nicht nur in fundamentalem Abwertungsdruck, sondern auch in intransparenten Ausleihungsgeschäften der NBU mit einigen ukrainischen Banken (noch unter der alten Notenbankführung), die die NBU dann zusätzlich unter Druck setzten, begründet. Die Abwertung der Hrwnja war durchaus dramatisch und kommt größeren historischen Währungskrisen in anderen Emerging Markets nahe. Auf die Sicht von einem Jahr wertete die Hrwnja bis dato etwa 30 Prozent ab, während der historische Durchschnitt in Emerging-Markets-Krisen bei etwa 40 Prozent liegt; in vergangenen Krisen (1998, 2008) wertete die Hrwnja sogar um 50 bis 60 Prozent ab (siehe dazu Ukraine-Analysen 47 vom 11.11.2008).

Die Bedeutung der erfolgten – oder zumindest tolerierten – Abwertung der Hrwnja ist nicht zu unterschätzen. Sie ermöglicht einen schnellen Abschluss der IWF-Verhandlungen bzw. kann als Antizipation von IWF-Forderungen gesehen werden. Der IWF trat seit Jahren für eine Wechselkursflexibilität in der Ukraine ein und sie war Bestandteil voriger IWF-Unterstützungsprogramme; sie wurde bis dato aber nie implementiert. Zudem kann die Neuausrichtung des Wechselkurses, nun stärker im Einklang mit der fundamental schwachen Position der ukrainischen Volkswirtschaft, eine Konjunkturerholung unterstützen.

Dieser Gedanke wird durch einen umfassenden Ländervergleich mit Ländern mit ähnlichen ökonomischen Problemen wie denen der Ukraine bestätigt. Hier wird deutlich, dass eine spürbare Abwertung der Landeswährung (entweder als einmaliges Ereignis oder über Monate gezogen) merklich dazu beitragen kann, die außenwirtschaftliche Position und die Haushaltslage auszugleichen, während es nach einer Währungsabwertung mittelfristig auch eine schnellere Rückkehr zum Wirtschaftswachstum geben kann (nach einer scharfen, aber kurzen Rezession). Im Gegensatz dazu ist eine eher graduelle Korrektur nicht-nachhaltiger Außenwirtschafts- und Budgetdefizite innerhalb eines festen Wechselkursregimes (wie zuvor in der Ukraine) sehr schmerzhaft in Bezug auf die Wohlstandsverluste (gemessen am BIP-Wachstum). Dies wird u. a. auch durch das Schicksal der südlichen Eurozonenländer mit ihren festen Wechselkursen gegenüber wichtigen Handelspartnern deutlich.

Insofern ist die erfolgte schockhafte Währungsabwertung in der Ukraine ein wichtiger strategischer Schritt der neuen Regierung bzw. Administration, um im Jahresverlauf 2014 und 2015 möglichst rasch wieder wirtschaftliche Fortschritte bzw. eine Konjunkturerholung vorzuweisen. Zudem ist das Schaffen eines ökonomischen Aufwärtspotenzials im Falle der Ukraine von besonderer Bedeutung. Die jüngsten Proteste auf dem Maidan und in anderen Landesteilen haben ihren Ursprung teils auch in dem äußerst schwachen wirtschaftlichen Abschneiden der Ukraine, aus absoluter wie aus relativer Perspektive, seit dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 (siehe dazu Ukraine-Analysen 94 vom 13.9.2011). Zumal eine wirtschaftliche Stabilisierung auch helfen kann, die innenpolitische Spaltung des Landes abzuschwächen, kann doch dann Russland in den südöstlichen Landesteilen angesichts seiner eigenen offenkundigen wirtschaftlichen Probleme nicht mehr als finanziell potenter Bezugspunkt angesehen werden.

Zudem ist die erfolgte harte Währungsanpassung ein Substitut für eine Anpassung nur über strukturelle

und tiefgreifende Wirtschaftsreformen. Daher ist dieser Schritt im Falle der Ukraine keinesfalls gering zu schätzen. Denn die im derzeit auszuhandelnden IWF/EU-Unterstützungspaket geforderten Reformen (etwa die Anhebung der inländischen Energiepreise) werden sicher (mittelfristig) auf innenpolitische Widerstände stoßen; insofern ist eine marktbasierte und schnell bzw. umfassend wirkende Wechselkursanpassung durchaus sinnvoll. Die Erfahrung anderer osteuropäischer Transformationsländer zeigt zudem, dass eine schockhafte Anpassung rascher hilft als eine graduelle Sanierung. Die Akzeptanz der Tatsache, dass die Landeswährung überwertet war und mit der Abwertung nun bereits erhebliche Wohlstandsverluste vollzogen wurden, war aber sicher nicht die letzte wirtschaftspolitisch unpopuläre, aber notwendige Entscheidung der neuen Übergangsregierung.

IWF/EU-Stützungspaket für die Ukraine

Das neue Kabinett steht nun vor der enorm schwierigen und herausfordernden Aufgabe, die Ukraine durch ein umfassendes Sanierungs- und Sparprogramm vor dem weiteren Niedergang zu bewahren. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Übergangspräsident deutlich machte, dass die Wirtschaft völlig auf der Kippe steht, u. a. mit leeren Staatskassen. Der unmittelbar wichtigste Schritt sind die Verhandlungen mit ausländischen Gebern über eine Brückenfinanzierung für die Ukraine. Im Idealfall käme so eine Brückenfinanzierung im Bereich von einer bis drei Milliarden US-Dollar (der IWF könnte gemäß seiner Regularien kurzfristig ca. eine Milliarde US-Dollar bereitstellen) sehr rasch zustande, d. h. bevor ein umfassendes IWF/EU-Unterstützungsabkommen endgültig unterzeichnet werden kann. Dies kann nämlich Wochen dauern und da man die Ukraine militärisch nicht unterstützen kann, wäre eine rasche finanzielle Stützung durch den IWF und gegebenenfalls auch auf bilateraler Basis durch G-7 Länder (damit u. a. auch durch Deutschland) sinnvoll und ein starkes politisches Signal (wie es in der Eurozonenkrise die Hilfe der deutschen Staatsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau für Spanien war).

In Bezug auf das anstehende und notwendige längerfristige IWF/EU-Stützungspaket für die Ukraine kursieren seit längerem Summen im Bereich von 25 bis 35 Milliarden US-Dollar. Diese Summen könnten ausreichen, um die unmittelbaren Finanzierungslücken der Ukraine in den kommenden zwei Jahren zu decken. Es sollte jedoch gegebenenfalls eine größere Summe bereitgestellt werden, um ausreichend Puffer zu schaffen (z. B. gegen weitere mögliche wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen Russlands im Bereich Wirtschaft oder gegebenenfalls für notwendige Stabilisie-

rungsmaßnahmen im Bankensektor). Zudem kann die Übergangsregierung in Kiew angesichts der unklaren außen- und innenpolitischen Lage sowie der erheblichen Intransparenz in der staatlichen Verwaltung die Finanzierungslücken derzeit sowieso kaum klar beziffern. Ferner wird es für die Ukraine angesichts bestehender außen- bzw. geopolitischer Risiken sowie möglicher innenpolitischer Spannungen über längere Zeit schwer sein, nennenswerte Summen am internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen. Um ein Finanzierungsvolumen von mindestens 25 bis 35 Milliarden US-Dollar oder mehr zu erreichen, werden die EU und die europäischen Länder beträchtliche Verpflichtungen eingehen müssen. Denn für den IWF wird es wegen existierender Vorschriften schwer sein, mehr als 15 bis 20 Milliarden US-Dollar bereitzustellen.

Insofern ist es auch richtig und wichtig, dass sowohl die USA als auch die EU bzw. die EU-Institutionen bereits eine rasche kurzfristige finanzielle Unterstützung von insgesamt elf bis 12,5 Milliarden Euro zugesagt haben und dass dabei viele wichtige (EU-)Institutionen an Bord sind. Die Europäische Investitionsbank (EIB) kann eine langfristige Finanzierung bereitstellen, denn es macht keinen Sinn, der Ukraine im Rahmen des IWF/EU-Programms zu viele neue kurzfristige Schulden aufzubürden. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE, englisch EBRD) kann ebenso eine wichtige Rolle spielen. Sie hat viel Erfahrung in der Stabilisierung von Bankensektoren und hier gibt es in der Ukraine sicher einiges an Risiken und Umstrukturierungsbedarf. Einige ukrainische Banken in lokaler Eigentümerschaft waren in den letzten Jahren erheblich an der direkten und indirekten Finanzierung der Janukowitsch-Regierung beteiligt und derzeit sind bereits zwei dieser Banken in Abwicklung.

Anpassungsmaßnahmen sind notwendig

Zudem ist wichtig, dass die EU im Kontext ihrer angekündigten finanziellen Stützung auch alle weiteren derzeit möglichen Unterstützungsmaßnahmen auf den Tisch gelegt hat (vorläufige Anwendung der vertieften und umfassenden Freihandelszone, wenn das Assoziierungsabkommen unterzeichnet wird, gegebenenfalls auch kurzfristige einseitige unterstützende Handelsmaßnahmen, Organisation eines hochrangigen Investitionsforums, EU-Hilfe bei der Modernisierung des Gastransitsystems und Arbeiten, um Gasflüsse über die Ukraine zu ermöglichen, vor allem über die Slowakei, Beschleunigung des Visa-Liberalisierung-Aktionsplans, Angebot einer Mobilitätspartnerschaft, technische Hilfe bei Verfassungs- und Justizreformen sowie der Wahlvorbereitung). Dies zeigt eine klare Entschlossenheit der EU. Zudem hat die EU mittel- bis langfris-

tig deutlich größere Unterstützungssummen als die elf Milliarden Euro in den Raum gestellt.

Ohne Anpassungsmaßnahmen wie die erfolgte Währungsabwertung und die anstehende Budgetkonsolidierung wäre der Finanzierungsbedarf der Ukraine sogar noch höher als zuvor skizziert. Ohne eine Änderung der Politik wären allein für 2014 etwa 30 Milliarden US-Dollar an Stützung notwendig. Die aktuellen Machthaber in der Ukraine scheinen äußerst reformfreudig zu sein bzw. damit nicht unbedingt auf die eigene politische Karriere fokussiert. Solch eine Herangehensweise ist notwendig für die anstehenden harten wirtschaftspolitischen Reformen. Zudem erleichtert diese Einstellung eine rasche Unterzeichnung des IWF-Programms.

Heftiger BIP-Rückgang 2014 wahrscheinlich

Allerdings ist klarzustellen, dass der Ukraine nach dem erfolgten Abwertungsschock der Landeswährung und im Hinblick auf die anstehenden Sparmaßnahmen dieses Jahr aller Voraussicht nach ein handfester wirtschaftlicher Schock bevorsteht. Letzterer könnte gemäß ersten Überschlagsrechnungen ein Schrumpfen des BIP im Bereich von fünf bis zehn Prozent implizieren. Ähnlich drastische Einbrüche nach heftigen politischen Umbrüchen waren auch in der Vergangenheit in der Ukraine (etwa 2004) und in anderen Ländern zu beobachten. Ein Schrumpfen der Wirtschaft um fünf bis zehn Prozent wäre noch gar kein Negativszenario. In einer historischen Länderbetrachtung haben Staaten, die mit einer gleichzeitigen wirtschaftlichen Struktur- und Finanzkrise – teils gepaart mit Sezessionstendenzen – konfrontiert waren, im Schnitt BIP-Einbrüche von ca. 15 Prozent erlebt. Ferner ist mit einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und Russland zu rechnen, was BIP-Wachstum, Staatsbudget und die Handelsbilanz negativ beeinflussen wird. Als Ergebnis erscheint es plausibel, dass die ukrainische Wirtschaft 2014 zumindest um drei bis sieben Prozent schrumpfen wird, während die Inflation – u. a. bedingt durch die Währungsabwertung – voraussichtlich in den zweistelligen Bereich ansteigen wird (ca. zehn bis 14 Prozent). Zumal auch das IWF/EU-Unterstützungsprogramm wahrscheinlich eine Kombination von mehr Wechselkursflexibilität (die teilweise schon erfolgt ist), Strukturreformen und drastischen Sparmaßnahmen vorsehen wird.

Balance zwischen Währungsabwertung, Sparmaßnahmen und bedeutenden Strukturreformen

Die notwendigen fiskalischen Sparanstrengungen im Rahmen des IWF-Programms werden sich wahrschein-

lich auf mindestens vier bis fünf Prozent des BIP belaufen. Auch eine weitere Währungsabschwächung ist nicht auszuschließen, denn bisher wird die Hrwnja auch durch Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung (etwa Begrenzungen beim Umtausch in Fremdwährung) gestützt, die derzeit den Abwertungsdruck mildern. Wobei zu beachten ist: Eine Währungsabwertung unterstützt v. a. exportorientierte Großunternehmen, weniger die auf den heimischen Markt fokussierten Unternehmen (teils mit Schulden in US-Dollar, da es kaum langfristige Ersparnisse bzw. Finanzierungen in Hrwnja gibt). Insofern gilt es zu betonen, dass IWF, EU und die ukrainischen Behörden die richtige Balance zwischen der bereits erfolgten und gegebenenfalls weiterer Währungsabwertung, Sparmaßnahmen und Strukturreformen finden müssen. Zu harte Sparmaßnahmen bergen angesichts des extrem niedrigen Einkommensniveaus in der Ukraine erhebliche Risiken, zumal zu harte Austeritätsmaßnahmen die gerade erfolgte politische Wende in der Ukraine torpedieren könnten. In diesem Kontext ist auf die Erfahrungen mit extremer Austeritätspolitik in der Eurozone zu verweisen (wo es in einigen Ländern wie Italien oder Griechenland Technokratenregierungen bedurfte, deren demokratische Legitimität teils in Frage gestellt wurde). Im Sinne der wirtschaftlichen Unterstützung der neuen Regierung in Kiew ist es auch wichtig, dass einzelne westeuropäische Länder wie Österreich, die Schweiz oder Liechtenstein – auf Ansuchen der neuen Regierung in Kiew – bereits vor einer endgültigen Einigung auf EU-Ebene Schritte zum Einfrieren der Konten von hochrangigen ukrainischen Beamten unternommen haben (siehe Beitrag auf S. 19–20 und Tabelle 1 auf S. 21) – wobei anzumerken ist, dass das Einfrieren der Konten keiner Enteignung gleichkommt, d. h. die gesperrten Guthaben stehen jetzt nicht unmittelbar der Ukraine bzw. der neuen Regierung in Kiew zur Verfügung.

Globales Wirtschaftsumfeld günstig, aber Gegenwind seitens Russland zu erwarten

Ein kleiner Lichtblick für die Ukraine ist das aktuelle globale Wirtschaftsumfeld. Denn die nun anstehende Neuausrichtung der ukrainischen Wirtschaft erfolgt im historischen Vergleich mit Ländern mit ähnlichen Herausforderungen oder im Vergleich zur Situation der Ukraine in 2008/2009 in einem deutlich besseren globalen Wirtschaftsumfeld. Zudem gibt es einige weitere Aspekte, die eine wirtschaftliche Erholung – nach dem anstehenden tiefen Schock dieses Jahr – begünstigen können. Angesichts der völlig verfehlten Wirtschaftspolitik der letzten Jahre sowie erheblicher Korruptionsgeflechte im alten System gibt es viele »niedrig hängende Früchte« in Bezug auf Reformmaßnahmen

und Effizienzsteigerungen (siehe dazu Ukraine-Analysen 123 vom 12.11.2013).

Die anstehenden wirtschaftspolitischen und ökonomischen Herausforderungen in der Ukraine dürfen dennoch keinesfalls unterschätzt werden – vor allem nicht von Seiten des Auslands und hier v. a. der EU. Da die jüngste politische Neuausrichtung der Ukraine massiven wirtschaftlichen und politischen Interessen Russlands zuwiderläuft, das seinen wirtschaftlichen Einfluss in der Ukraine in den letzten Jahren stark ausgedehnt hat, ist hier mit erheblichem Gegenwind zu rechnen. Ein erster russischer Ausbremsversuch war mit dem Aussetzen der im Dezember zugesagten Finanzhilfe erkennbar und weitere Ausbremsversuche könnten in Form von weiterer indirekter und direkter Einflussnahme daher kommen (z. B. als verschärfte Visabedingungen für Ukrainer, Gaspreiserhöhungen, Einforderung von Gaszahlungsrückständen oder erhöhte Zoll- und Handelsrestriktionen für die Ukraine im Russlandhandel). Als noch normale bzw. eher politikferne Maßnahme sind jüngste Verlautbarungen der beiden russischen Großbanken (Sberbank, VTB) zu sehen, ihre in den letzten Jahren durchaus stark angestiegene Kreditvergabe in der Ukraine (vorerst) zurückzufahren. Viele in der Ukraine tätige westeuropäische Banken haben angesichts der tieferen strukturellen Risiken, die in der aktuellen Wirtschaftskrise kulminierten, ihre Ukraine-Engagements in den letzten Jahren auch substanziell zurückgefahren. Dieses vorsichtige Verhalten war weniger in politischen Abwägungen, sondern v. a. in bankbetriebswirtschaftlichen (Risiko-)Überlegungen begründet. Denn das bisherige nicht nachhaltige Wirtschaftsmodell der Ukraine birgt erhebliche Risiken für grenzüberschreitend tätige Wirtschaftsakteure, was die jüngste massive Hrywnja-Abwertung zeigte.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen ist es noch zu früh, um zu sagen, dass die Ukraine ihre aktuelle politische und regionale Struktur in Zukunft beibehalten wird. Eine sehr starke Autonomie der Krim – die nicht das wirtschaftliche Kernstück der Ukraine ist – ist nicht ausgeschlossen. Auch weitere Änderungen der territorialen Gliederung und des regionalen politischen Systems, mit einer größeren Autonomie der Regionen, erscheinen möglich. Letzteres könnte auch ein wichtiger Schritt in wirtschaftlicher Hinsicht sein, etwa zur Dezentralisierung und Subsidiarität in der Administration oder bei den kommunalen Haushalten. Es erscheint auch möglich, dass die neue (Übergangs-)Regierung weitere Zugeständnisse an die Südostregionen des Landes macht; etwa bei der Ernennung regionaler Gouverneure und Minister der Regierung, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Südostens vertreten. Dies ist in der Tat schon passiert, etwa in Donezk und Dnipropetrowsk (siehe Grafik 2 auf S. 18).

EU-Assoziierungsabkommen und Beitrittsperspektive als Katalysator für nachhaltige Reformen

Entscheidend für eine wirtschaftliche Stabilisierung in der Ukraine wird sein, dass das Land in den nächsten zwölf bis 18 Monaten konsequent ein IWF/EU-Reformprogramm verfolgt. Letzteres darf das Land allerdings auch nicht überfordern. Hier gilt es anzumerken, dass IWF-Unterstützungsprogramme in der Ukraine – natürlich geschlossen mit Regierungen, die keine wirklich breite Unterstützung hatten – in der Vergangenheit kaum mehrere Quartale gehalten haben. Als positiver Katalysator einer nachhaltigen Reformierung könnte auch eine möglichst rasche Unterzeichnung des bereits ausgehandelten EU-Assoziierungsabkommens – auf Seiten der Ukraine von einer wirklich legitimen und neu gewählten Regierung – wirken.

Um der Ukraine allerdings wirklich langfristige wirtschaftliche (und politische) Perspektiven zu bieten, wäre es zudem umso wichtiger, dass die EU die Aussicht auf eine langfristig mögliche Mitgliedschaft – bei voller Erfüllung aller Beitrittsvoraussetzungen – in Aussicht stellt. Denn eine Annäherung an EU-Standards würde notwendige institutionelle Tiefenreformen in der Ukraine begünstigen. In diesem Kontext ist darauf zu verweisen, dass gerade das Beispiel der Türkei klar zeigt, dass eine vage EU-Beitrittsperspektive (bei einer NATO-Mitgliedschaft) nicht unbedingt institutionelle Tiefenreformen begünstigt. Wobei klar ist, dass in der Ukraine erhebliche Reformen nötig sein werden, um das politische und wirtschaftliche System annähernd auf den Stand der osteuropäischen EU-Beitrittsländer der letzten zehn Jahre zu bringen. Und im Kontext einer tieferen wirtschaftlichen Umgestaltung darf der enge Bezug zur politischen Umgestaltung nicht vernachlässigt werden. Erfahrungen in anderen osteuropäischen Reformstaaten zeigen klar: Ohne fassbare Lustration sind tragfähige bzw. funktionierende marktwirtschaftliche Strukturen kaum aufzubauen.

Stabilisierung der Ukraine ohne Russland nicht möglich

Trotz aktueller und auch möglicher weiterer politischer und ökonomischer Destabilisierungsversuche Russlands ist es richtig und wichtig, dass die EU versucht, Russland weiterhin in die ökonomische und politische Stabilisierung der Ukraine einzubinden. Eine nachhaltige Stabilisierung der Ukraine lässt sich nicht ohne Russland erreichen. Zudem hat Russland rational betrachtet selbst erhebliche ökonomische Interessen in der Ukraine, denen die derzeit stark auf Effekthascherei setzende sporadische Außenpolitik Russlands zuwiderläuft. Ferner gilt es in der EU-Nachbarschaftspolitik im Bereich

Wirtschaft darauf zu achten, Ländern eine Komplementarität zwischen einer Kooperation mit der EU und einer Kooperation mit Russland bzw. der von Russland geführten Zollunion zu offerieren – unabhängig von der zukünftigen Position der Ukraine zwischen diesen beiden Wirtschaftsblöcken.

Fazit und Ausblick

Wie im Beitrag skizziert bieten die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine die Chance einer nachholenden Revolution und v. a. einer nachholenden wirtschaftlichen Transformation. Abzuwarten bleibt, ob die Ukraine wirklich im Stande ist, eine zweite politische und wirtschaftliche Transformation – nach der gescheiterten und wirtschaftlich katastrophalen Transformation der 1990er Jahre mit ihren unvorstellbaren Wohlstandsverlusten – durchzustehen.

Wünschenswert wäre dies, doch eine positive Entwicklung ist im Falle der Ukraine selbstredend nicht garantiert. Europa und die USA haben eine Verantwortung für die weitere Entwicklung der Ukraine, wobei im wirtschaftspolitischen Bereich die Hauptverantwortung bei den Regierenden im Land selbst liegt. Und

angesichts der in den letzten Wochen deutlich gewordenen Anfälligkeit der Ukraine für extreme Ereignisrisiken sowie des Rückzugs vieler westeuropäischer Investoren in den letzten Jahren wird eine neue Regierung in der Ukraine erst einmal einiges an Zurückhaltung bei westeuropäischen Investoren überwinden müssen.

Doch angesichts der derzeit klar sichtbaren Beherztheit der neuen Machthaber in Kiew sowie der Entschlossenheit großer Teile der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft der Ukraine, neue mittel- und langfristige Perspektiven zu eröffnen, erscheint zumindest vorsichtiger Optimismus angezeigt. Insbesondere die lokale Wirtschaft und auch im Land tätige multinationale Firmen haben sich in den letzten Tagen ganz deutlich auf Seiten der neuen Regierung positioniert und sind bereit, der neuen Regierung alle notwendige Unterstützung, die im Bereich des Möglichen liegt, zu gewähren. Und auch die durchaus kontrovers zu sehenden Oligarchen der Ukraine haben kein Interesse daran, einer stärkeren Kontrolle des Kremls zu unterliegen – zumal die jüngsten außenpolitischen Aktionen Russlands auch zeigen, dass hier die aktuelle Regierung durchaus politische Ziele ohne Blick auf ökonomische Langfristinteressen verfolgt.

Über den Autor

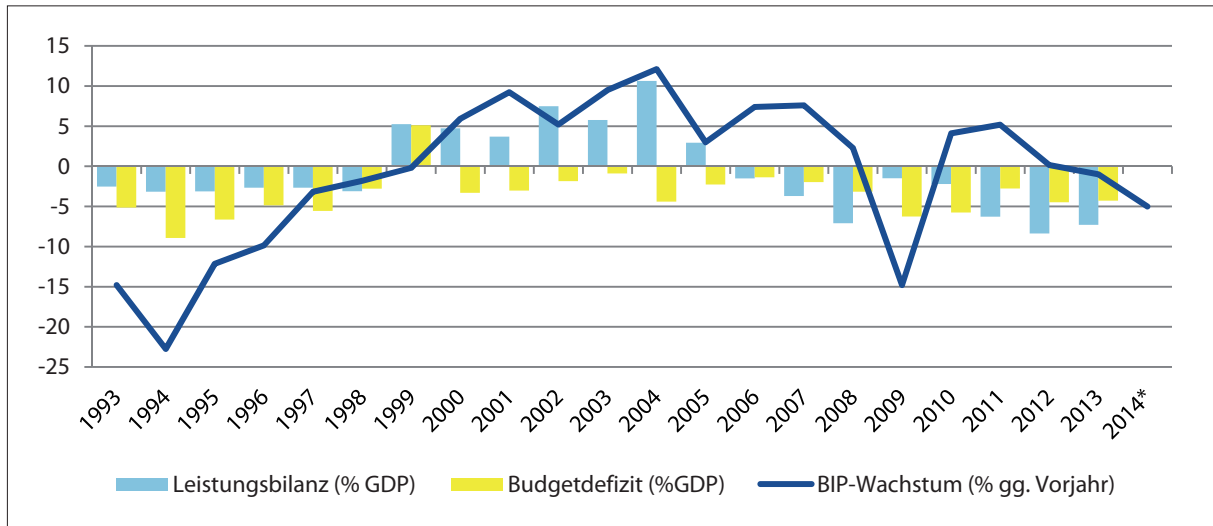
Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse der Raiffeisen Bank International AG in Wien – die größte in der Ukraine tätige Auslandsbank, die auch in Russland zu den größten Auslandsbanken gehört. Der vorliegende Kommentar gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansichten der Raiffeisen Bank International AG wieder.

Dieser Beitrag basiert in Teilen auf zahlreichen Kundeninformationen der Raiffeisen Bank International aus den letzten Wochen. Daher ist an dieser Stelle auf wertvolle inhaltliche Unterstützung durch die Analysekollegen *Dmytro Sologub* (Kiew) und *Andreas Schwabe* (Wien) zu verweisen.

STATISTIK

Wirtschaftsindikatoren

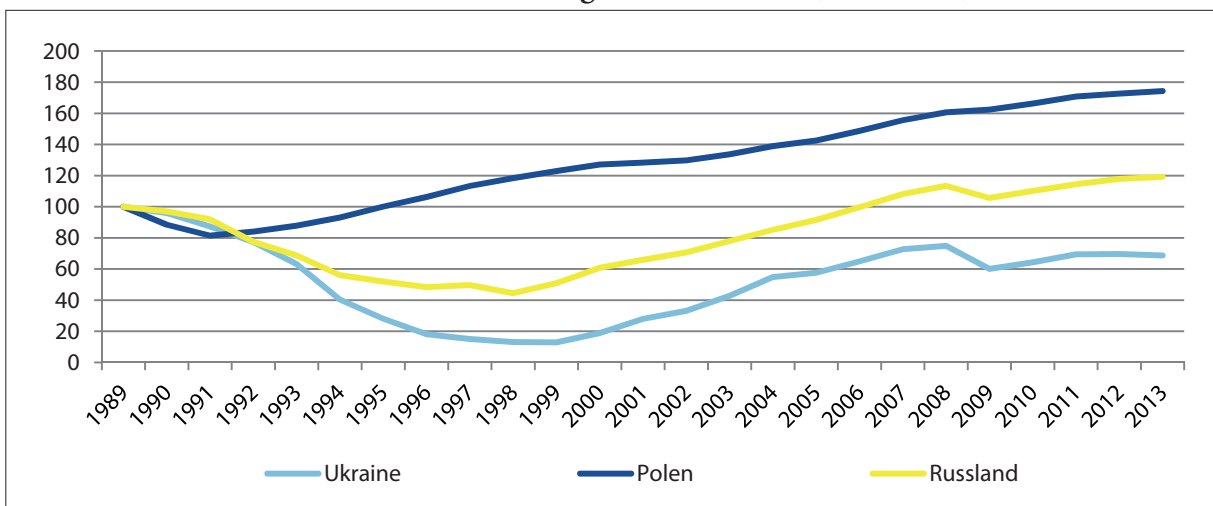
Grafik 1: Wichtige Makroindikatoren der Ukraine 1993–2014



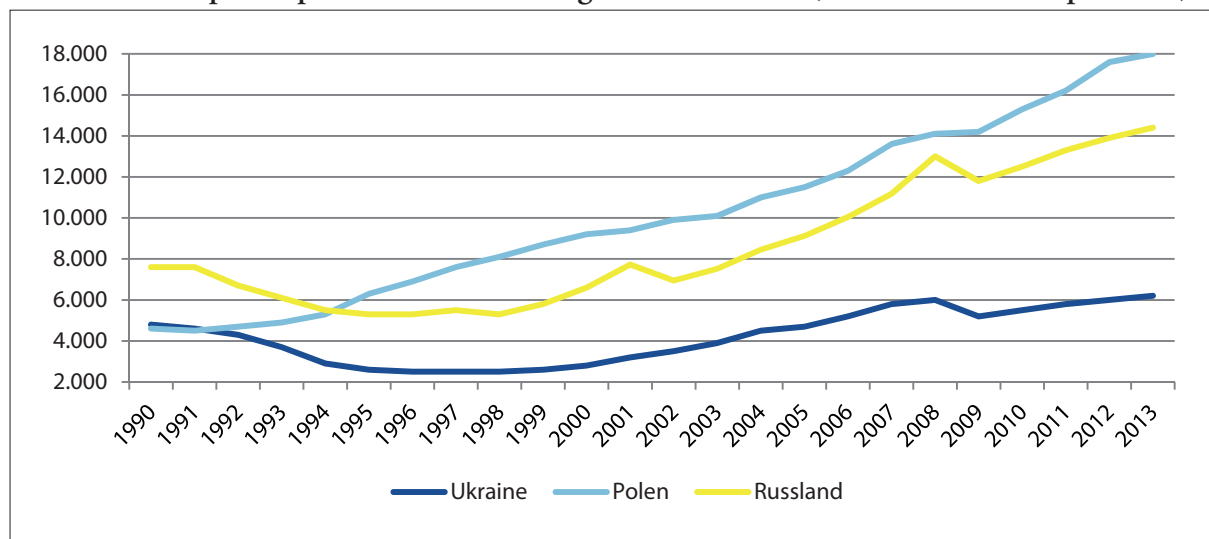
* 2014 Prognose für Leistungsbilanz und Budgetdefizit derzeit nicht möglich, -5 Werte für 2014 als Mittelwert der aktuellen Prognosebandbreite von -3 bis -7 Prozent

Quelle: IWF, nationale Quellen, Raiffeisen RESEARCH

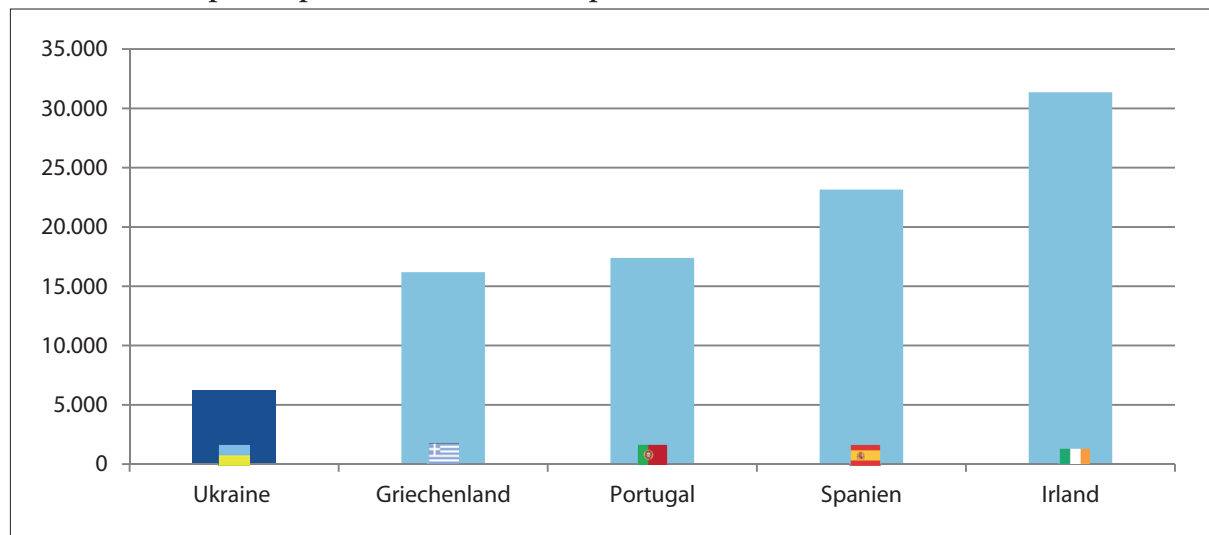
Grafik 2: Das reale BIP der Ukraine im Vergleich 1989–2013 (1989 = 100)



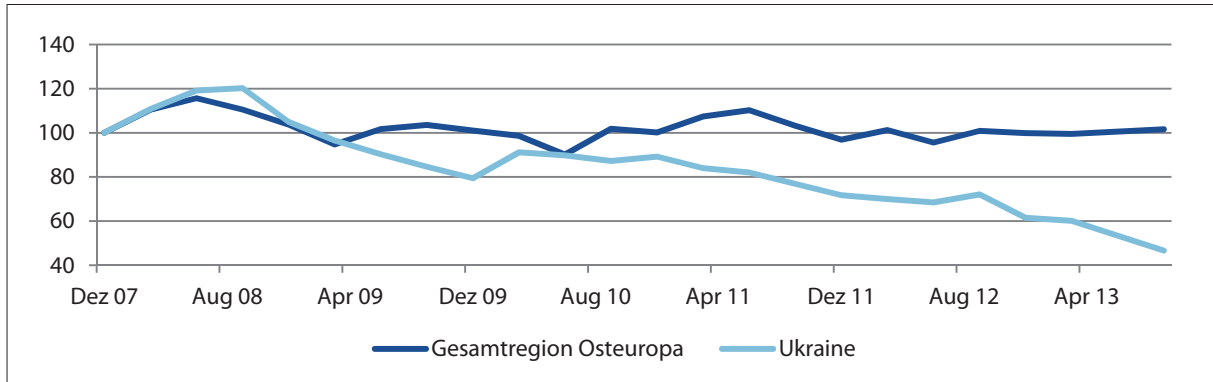
Quelle: Nationale Quellen, IWF, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 3: BIP pro Kopf der Ukraine im Vergleich 1990–2013 (EUR, zu Kaufkraftparitäten)

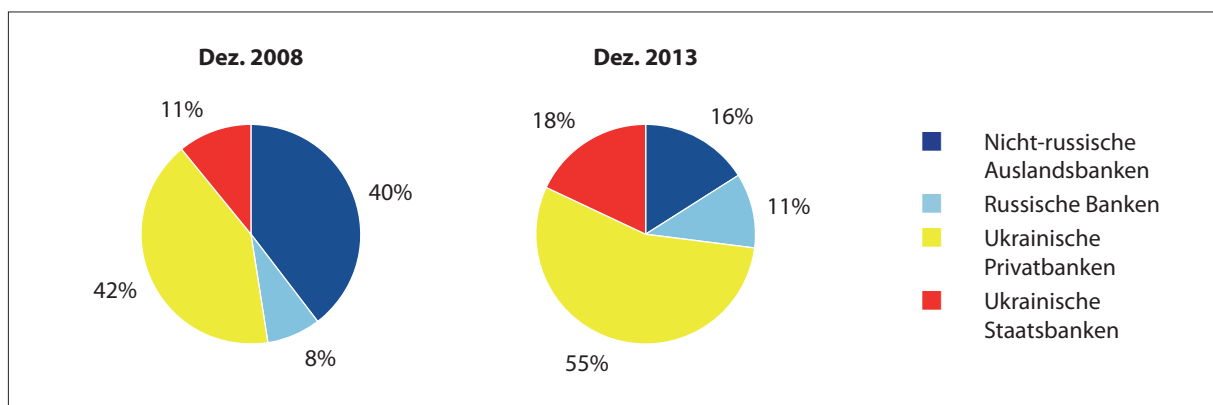
Quelle: Nationale Quellen, IWF, wiiw, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: BIP-pro-Kopf (EUR, zu Kaufkraftparitäten) 2012/2013

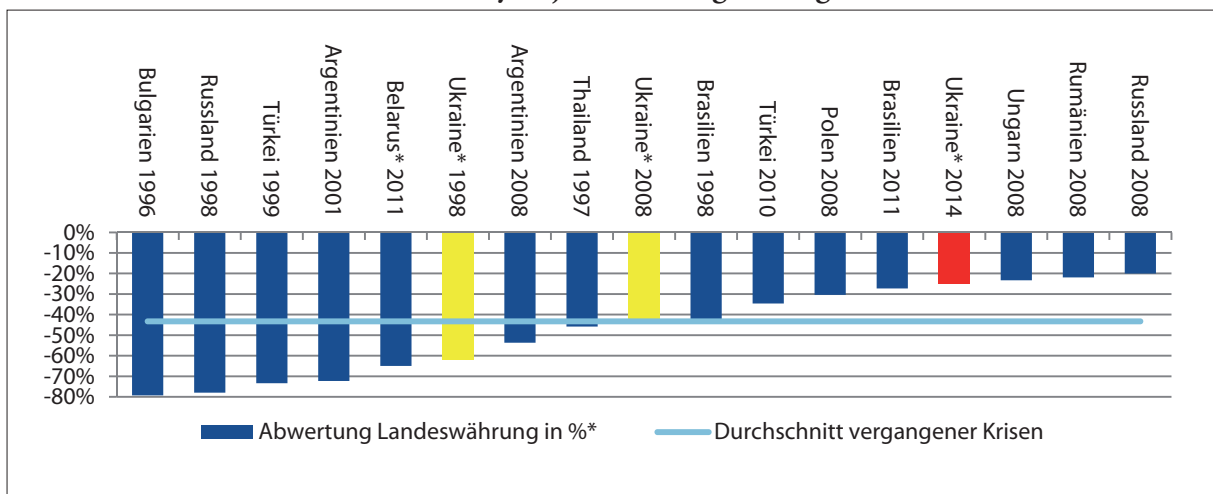
Quelle: Eurostat, wiiw, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 5: Grenzüberschreitende Forderungen europäische Banken (2007=100)

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Raiffeisen RESEARCH

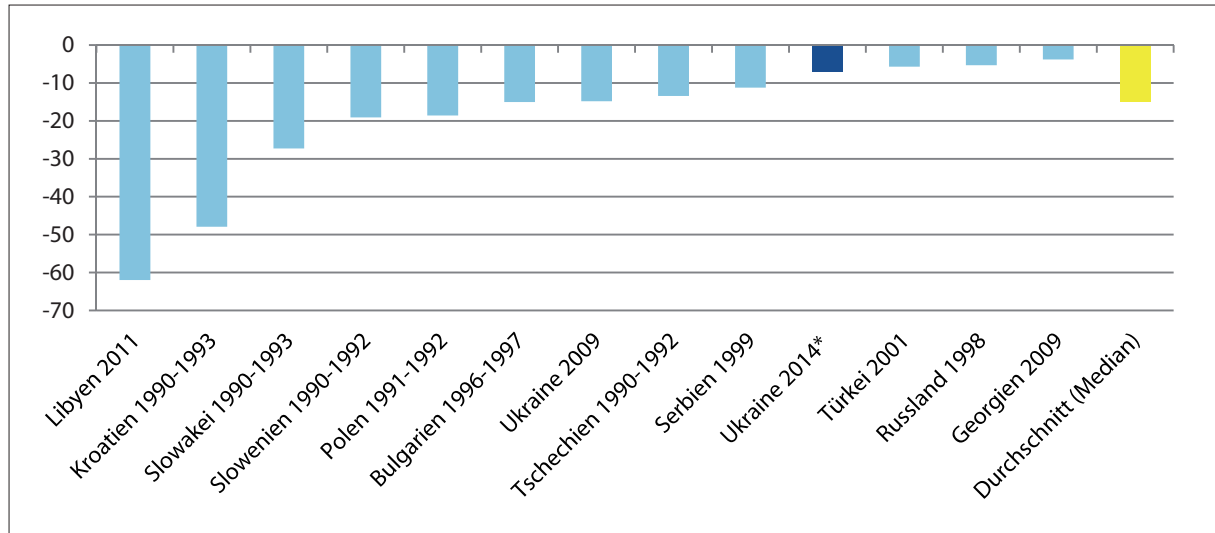
Grafik 6: Marktanteile Bankenmarkt Dezember 2008 und Dezember 2013

Quelle: Notenbank Ukraine, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 7: Aktuelle und historische Hrywnja-Abwertung im Vergleich**

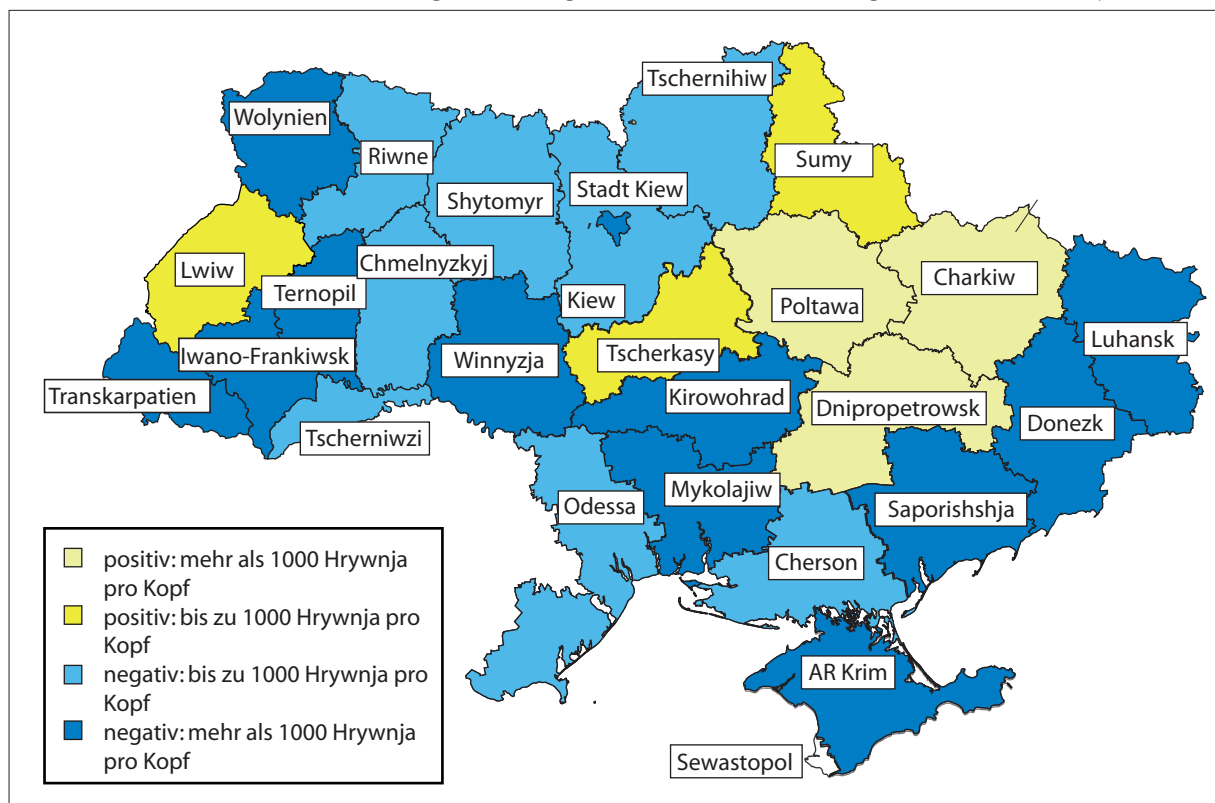
* Im Falle von Ukraine und Belarus Abwertung berechnet nur auf dem Wertverlust zum US-Dollar; ** krisenbedingte Abwertungen der Landeswährung, einmalig oder über einen längeren Zeitraum in Prozent basierend auf breiten nominalen effektiven Wechselkursindizes, Daten zeigen Startdatum der Abwertung

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 8: Durchschnittlicher kumulierter BIP-Rückgang in Krisenanpassungen (in %)


* Schätzung: 3–7%

Quelle: wiiw, IMF, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 9: Saldo der Überweisungen der Regionen an das Staatsbudget im ersten Halbjahr 2013


Anmerkungen: Ohne Sewastopol. Die Subventionen zur Deckung des Defizites der lokalen Vertretungen des Rentenfonds wurden nicht berücksichtigt. Die Subventionen für Kohle- und Torfindustrie wurden berücksichtigt.

Quelle der Daten: Artem Zaharchenko »Investgazeta« in Anlehnung an Schatzamt der Ukraine, Staatliches Komitee der Ukraine für Statistik, <http://delo.ua/ukraine/kakie-regiony-kormjat-ukrainu-224869/?supdated_new=1393947577>

Kartografie: Sebastian Klüsener

DOKUMENTATION

Neue und alte Regierung

Tabelle 1: Neue und alte Regierung

Amt	Amtsinhaber (Partei, Alter)		Frühere Ämter (Amtsinhaber der neuen Regierung)
	neue Regierung	alte Regierung	
Ministerpräsident	Arsenij Jazenjuk (Vaterland, 40)	Mykola Asarow (Partei der Regionen, 67)	Vizepräsident der Nationalbank der Ukraine (2003–2004), Wirtschaftsminister (2005–2006), Außenminister (2007), Präsident des ukrainischen Parlaments (2007–2008), Vorsitzender der Vaterlandspartei von Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko seit 2010
erster Vizepremierminister	Witalij Jarema (parteilos, 51)	Serhij Arbusow (Partei der Regionen, 38)	Leiter des Ministeriums für Innere Angelegenheiten in Kiew (2005–2010), Generalleutnant im Ruhestand
Vizepremierminister	Oleksandr Sytsch (Freiheit, 50)	Oleksandr Wilkul (Partei der Regionen, 40)	Abgeordneter des Iwano-Frankiwsk Regionalrates (1994–1998, 2006–2010), Abgeordneter der Partei Freiheit in Werchowna Rada (2012–2014)
Vizepremierminister	-	Kostjantyn Hryschtschenko (Partei der Regionen, 61)	-
Vizepremierminister	Wolodymyr Groisman (parteilos, 36)	Jurij Boiko (Partei der Regionen, 56)	Bürgermeister von Winnyzja (seit 2006)
Justizminister	Pawlo Petrenko (Vaterland, 35)	Olena Lukasch (Partei der Regionen, 38)	Anwalt (2006–2010), Abgeordneter des Kiewer Regionalrates (2010–2012), stellvertretender Vorsitzender der Partei Vaterland (seit 2013), Abgeordneter der Partei Vaterland in der Werchowna Rada (2012–2014)
Außenminister	Andrij Deschtschitzja* (parteilos, 49)	Leonid Koschara (Partei der Regionen, 51)	seit 1996 auf verschiedene diplomatische Posten
Finanzminister	Oleksandr Schpalak (parteilos, 54)	Jurij Kolobow (Partei der Regionen, 41)	im Präsidialsekretariat unter Präsidenten Wiktor Juschtschenko (2006–2010)
Sozialminister	Ljudmila Denisowa (Vaterland, 54)	Natalija Korolewska (Ukraine – Vorwärts!, 39)	Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik in der Regierung von Julia Timoschenko (2007–2010)
Gesundheitsminister	Oleh Musij (Euromaidan-Aktivist, 49)	Rajissa Bohatyrjowa (Partei der Regionen, 61)	Aktivist und Arzt, organisierte medizinische Versorgung auf dem Euromaidan
Wirtschaftsminister	Pawlo Scheremeta (parteilos, 43)	Ihor Prasolow (Partei der Regionen, 52)	Präsident der Kiev School of Economics, Absolvent der Harvard Business School und anderer westlicher Universitäten
Minister für Bildung und Wissenschaft	Serhij Kwit (parteilos, 49)	Dmytro Tabatschnyk (Partei der Regionen, 51)	Präsident der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie (seit 2007), Promotion an der Ukrainischen Freien Universität (München)
Kulturminister	Ewhenij Nischtschuk (Euromaidan-Aktivist, 42)	Leonid Nowohatkow (Partei der Regionen, 60)	Künstler, Schauspieler und Moderator auf der Bühne des Maidan

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Neue und alte Regierung (Fortsetzung)

Amt	Amtsinhaber (Partei, Alter)		Frühere Ämter (Amtsinhaber der neuen Regierung)
	neue Regierung	alte Regierung	
Verteidigungsminister	Ihor Tenjuh* (Freiheit, 56)	Pawlo Lebedew (Partei der Regionen, 52)	Oberbefehlshaber der Ukrainischen Marine (2006–2010)
Innenminister	Arsen Awakow (Vaterland, 50)	Witalij Sachartschenko (Partei der Regionen, 51)	Gouverneur der Oblast Charkiw (2005–2010), Vorsitzender der Partei Vaterland in der Oblast Charkiw (seit 2010)
Minister für Landwirtschaft und Ernährung	Ihor Schwaika (Freiheit, 38)	Mykola Prysaschnjuk (Partei der Regionen, 54)	Vorsitzender der Partei Freiheit in der Oblast Charkiw (2008–2014), Abgeordneter der Partei Freiheit in Werchowna Rada (2012–2014)
Minister für Energie und Kohle	Jurij Prodan (parteilos, 55)	Eduard Stawitsky (Partei der Regionen, 42)	Minister für Brennstoffe und Energie in der Regierung von Julia Timoschenko (2007–2010)
Minister für Umwelt und Naturschutz	Andrij Mohnik (Freiheit, 42)	Oleh Proskurjakow (Partei der Regionen, 46)	Abgeordneter des Kiewer Regionalrates (2010–2012), Stellvertretender Vorsitzender der Partei Freiheit, Abgeordneter der Partei Freiheit in der Werchowna Rada (2012–2014)
Minister für Infrastruktur	Maksim Burbak (Vaterland, 38)	Wolodymyr Kosak (Partei der Regionen, 45)	Abgeordneter des Czernowitz Regionalrates (2010–2012), Abgeordneter der Partei Vaterland in Werchowna Rada (2012–2014)
Minister für Jugend und Sport	Dmytro Bulatow (Euromaidan-Aktivist, 36)	Rawil Safiullin (Partei der Regionen, 59)	Leiter der nichtstaatlichen Organisation »Sozialverantwortliche Gesellschaft« (seit 2013), einer der Organisatoren des Automaidan
Minister des Ministerkabinetts	Ostap Semerak (Vaterland, 42)	Wladislaw Sabarski (Partei der Regionen, 46)	Abgeordneter der Partei »Block Julia Timoschenko« in Werchowna Rada (2007–2012)
Minister für Einkünfte und Steuern	-	Oleksandr Klimenko (Partei der Regionen, 34)	-

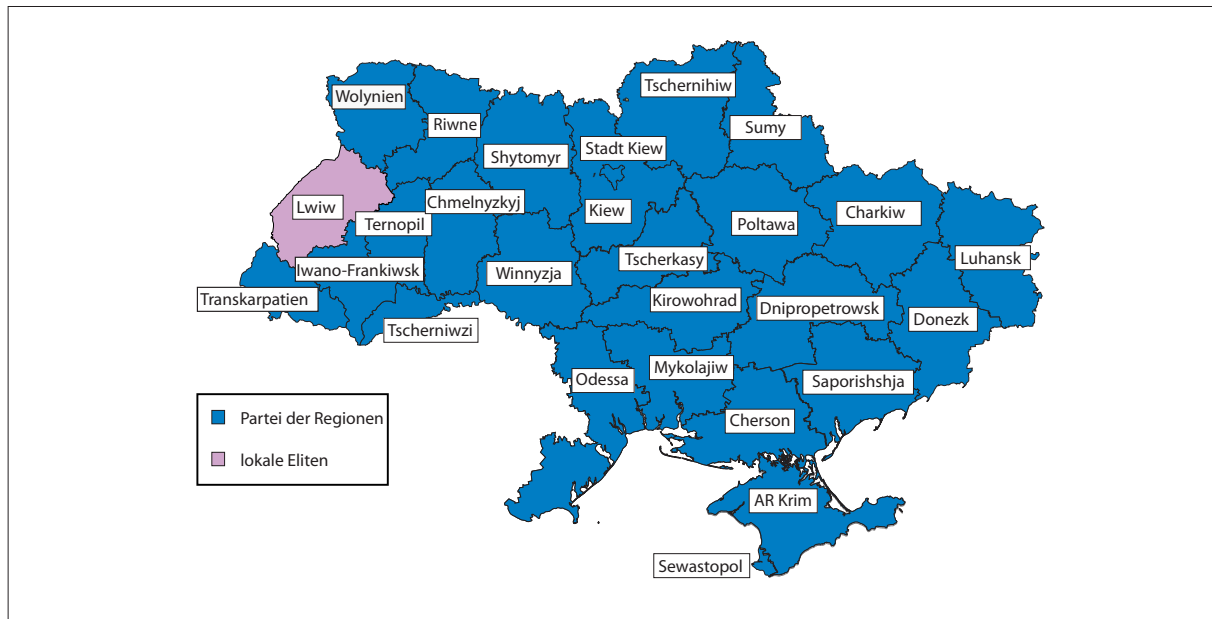
* provisorisch

Quelle für die Zusammensetzung der neuen Regierung: <http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=247059066&cat_id=244276429>

Zusammengestellt von Katharina Illiushchenia und Katerina Malygina

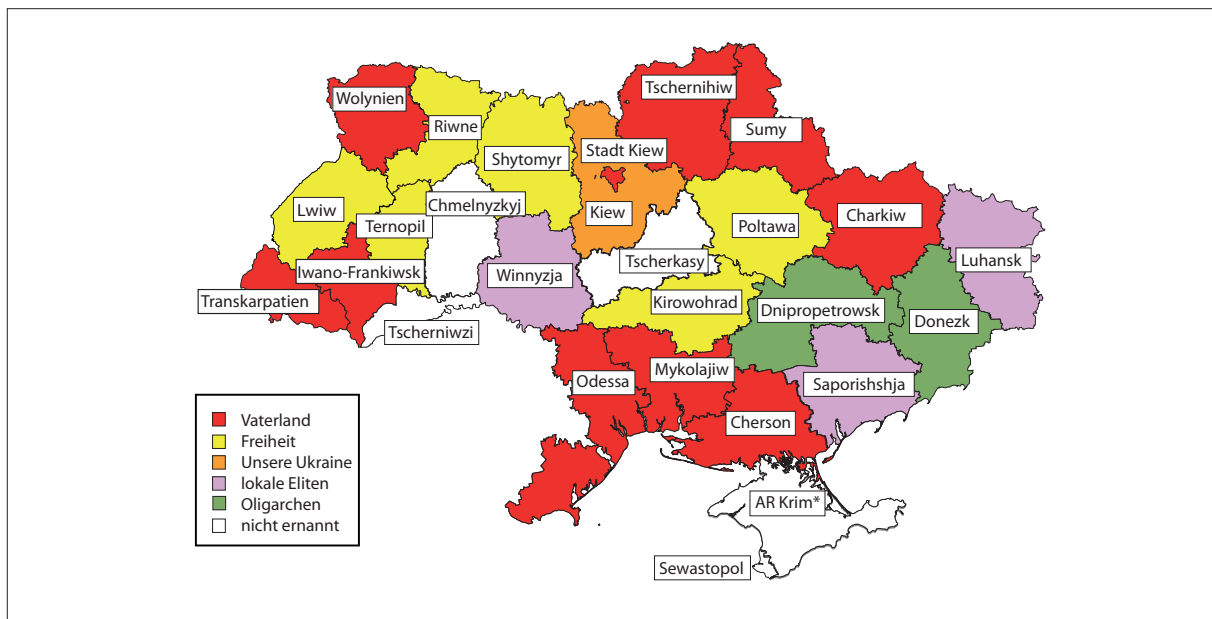
Parteizugehörigkeit der Gouverneure der Regionen vor und nach dem 21. Februar 2014

Grafik 1: Parteizugehörigkeit bzw. Affiliation der Gouverneure der Regionen vor dem 21. Februar 2014



Quelle: Zusammengestellt nach Dekreten des Interimspräsidenten Oleksandr Turttschinow vom 2.–3. und 7. März 2014 (Nr. 191–226, 228–229, 239–242, 264–266, 270–271, 275), <<http://president.gov.ua/>>; Kartografie: Sebastian Klüsener

Grafik 2: Parteizugehörigkeit bzw. Affiliation der Gouverneure der Regionen nach dem 21. Februar 2014



* Ernennung nicht in Übereinstimmung mit der ukrainischen Verfassung

Quelle: Zusammengestellt nach Dekreten des Interimspräsidenten Oleksandr Turttschinow vom 2.–3. und 7. März 2014 (Nr. 191–226, 228–229, 239–242, 264–266, 270–271, 275), <<http://president.gov.ua/>>; Kartografie: Sebastian Klüsener

KOMMENTAR

Was Nuland sagen wollte – Die EU und ihre Sanktionsdebatte

Von Jan Matti Dollbaum, Berlin/Mainz

Nachdem die USA am Morgen des 20. Februar 2014 Einreiseverbote gegen ukrainische Beamte verhängt hatten, einigte sich am Abend auch der Rat der EU-Außenminister auf Sanktionen gegen die ukrainische Führung. Diese zeitliche Abfolge ist beispielhaft für die Sanktionsdebatte seit Ende November vergangenen Jahres, als die ersten Ausschreitungen in Kiew nichts Gutes ahnen ließen. Die EU zeigte sich uneins und entschloss sich erst zu Sanktionen, als die Eskalation in Kiew kaum noch etwas anderes zuließ.

Polen fordert, Europa zögert

Betrachtet man die Debatte über mögliche Sanktionen, wie sie von der EU, der ukrainischen Opposition und den USA in den vergangenen Monaten geführt wurde, so fällt ein immer wiederkehrendes Muster auf. Am Anfang steht ein Ereignis: Die Spezialeinheit Berkut treibt am 30. November 2013 friedliche Demonstranten auf dem Maidan auseinander oder wendet am 12. Dezember 2013 Gewalt gegen eine Pro-EU-Demonstration an. Daraufhin fordern ukrainische Oppositionspolitiker Sanktionen der internationalen Gemeinschaft (Witalij Klitschko, Arsenij Jazenjuk und Oleh Tjahnybok wechseln sich auch hier rhetorisch ab). Anonyme Diplomaten oder einzelne Politiker meist östlicher Mitgliedsstaaten greifen diese Forderungen auf – besonders aktiv sind dabei polnische Vertreter, die teilweise von Abgeordneten des EU-Parlaments unterstützt werden. Aus Deutschland kommen bis zu Steinmeiers Facebook-Drohung Anfang Februar 2014 ausschließlich abwartende Äußerungen. Am Schluss steht eine offizielle Absage von Catherine Ashton oder José Manuel Barroso – woraufhin der Zyklus mit dem nächsten Gewaltakt von neuem beginnt.

Im Vergleich zur EU fällt an den Statements aus den USA zweierlei auf: Erstens reagieren die USA – wenn sie sich äußern – schneller als die EU auf die Ereignisse und die Forderungen der Opposition. Zweitens kommt aus Washington sehr viel weniger Diskussion: Bevor die Sanktionen ohne große Ankündigung am 20. Februar verhängt werden, gibt es elf offizielle Äußerungen von US-Politikern – auf EU-Seite sind es 43 (nach einer illustrativen Auswertung von 91 Artikeln der ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN, siehe Grafik 2 auf S. 21). Angesichts höchst unterschiedlicher politischer Positionen und Interessen der EU-Mitgliedsstaaten ist es nicht verwunderlich, dass die EU mit vielen Stimmen spricht – doch hat sie genau damit nicht nur Enttäuschung bei ukrainischen Aktivisten ausgelöst, sondern

auch den besonderen Ärger Victoria Nulands und den Spott der anonymen Veröffentlichter des Skandalvideos auf sich gezogen. In diesem Video war ein Gespräch mit US-Botschafter Pyatt mitgeschnitten worden, in dem deutlich Nulands »Fuck the EU!« zu hören war.

Ein politisches Signal – nach Osten und nach Westen

Der Sanktionsbeschluss der EU hatte also, so lässt sich vermuten, neben der Ausübung konkreten Drucks auf die ukrainischen Amtsträger auch die Funktion, ein Zeichen der Geschlossenheit zu senden – nicht nur an die politische Führung der Ukraine, sondern auch an Russland und die USA. Nach Moskau ging die Botschaft, dass die EU bereit ist, in entscheidenden Momenten die europäische Perspektive der Ukraine über die wirtschaftlichen Interessen und besonderen Beziehungen einiger Staaten zu Russland zu stellen – schließlich stimmten auch Zypern, Italien und nicht zuletzt Deutschland im Rat für die Sanktionen. In Victoria Nulands vielzitiertem Äußerung zwei Wochen zuvor war deutlich die Frustration über die Vielstimmigkeit der europäischen Debatte und die Schwerfälligkeit der EU-Entscheidungsprozesse angeklungen. Den USA sollte die Entscheidung nach Nulands Entgleisung also demonstrieren, dass Europa in den entscheidenden Momenten eben doch handlungsfähig ist.

Die Krise als Selbstfindungsprogramm der EU

Die Sanktionen haben ihr Ziel erreicht. Die EU hat klargemacht, auf welcher Seite sie steht und hat gleichzeitig Janukowytsch an den Verhandlungstisch geholt. Am vorläufigen Ende der sich überstürzenden Ereignisse der letzten Wochen in Kiew stehen nun erheblich größere Veränderungen, als die EU mit ihrer Sanktionsandrohung erreichen wollte. Es war deshalb unwahrscheinlich, dass die EU die Durchsetzung der Sanktionen anordnen würde – zumal schon der Beschluss ein Kraftakt war, der nur unter dem unmittelbaren Eindruck der Gewalt auf und um den Maidan erreicht werden konnte. Die italienische Außenministerin Emma Bonino sah sich beispielsweise veranlasst, ihre Zustimmung zu Sanktionen zu relativieren, indem sie verkündete, »Extremisten« unter den Demonstranten ausgemacht zu haben.

Am 5. März wurden, solchen Erwägungen zum Trotz, die Sanktionen zumindest teilweise umgesetzt. 18 hohe Beamte und Unternehmer stehen auf einer

von der EU veröffentlichten Liste. Ihre Konten werden eingefroren. Und dieser Schritt erscheint vor den Aussagen Catherine Ashton's durchaus konsequent: Man werde mit der Umsetzung der Sanktionen warten, um die Gespräche mit Janukowytsch nicht zu gefährden, hieß es kurz nach dem Beschluss der EU-Außenminister am 20. Februar. Nun ist an eine Rückkehr Janukowytschs nicht mehr zu denken, spätestens seit ihm auch aus Russland nur noch rhetorische Unterstützung zuteil wird. Also stand der Einführung von Sanktionen nichts mehr im Wege –bis auf die Absicht einiger EU-Staaten eben, Russland nicht mehr als nötig herauszu-

fordern. Der russische Einmarsch auf der Krim in der vergangenen Woche und die Diskussionen über direkte EU-Sanktionen gegen Russland lassen jedoch solcherlei Erwägungen beinahe lächerlich erscheinen.

Die EU konnte also ein weiteres Zeichen für ihre innere Geschlossenheit setzen, indem sie umsetzte, was bereits beschlossen worden war. Die andauernde sich verschärfende Krise in der Ukraine könnte sich als kurzfristiges Rehabilitierungsprogramm des Selbstverständnisses der EU als Unterstützerin von Freiheit und Demokratie erweisen. Es bleibt zu hoffen, dass sie dabei keine falschen Hoffnungen weckt.

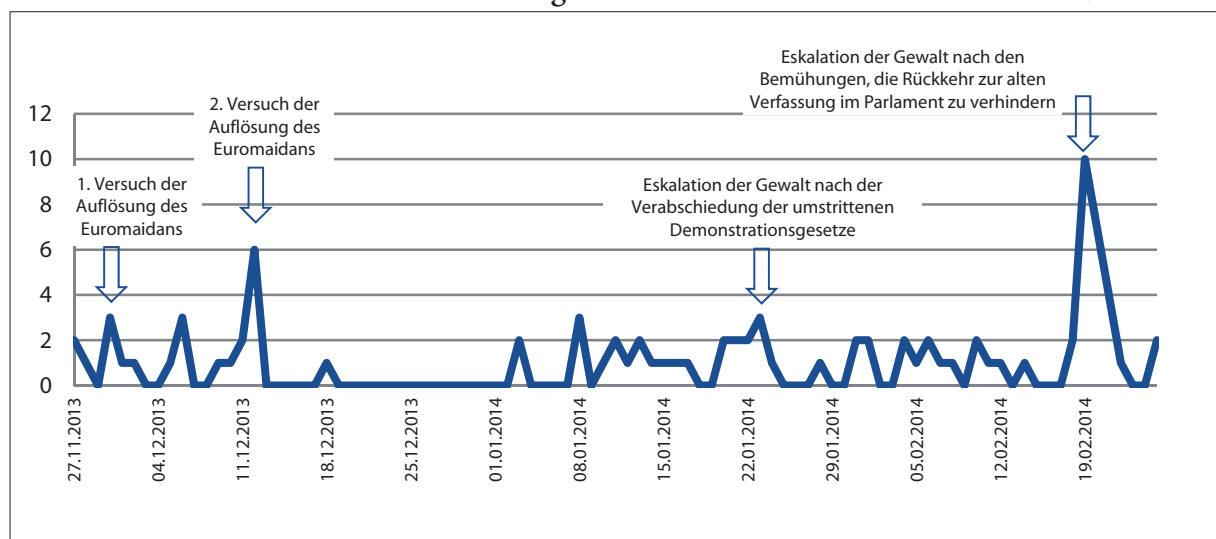
Über den Autor

Jan Matti Dollbaum hat einen B. A. der Universität Heidelberg und studiert im Master an der Universität Mainz Politikwissenschaft. Im Jahr 2013 war er Redakteur der Ukraine-Analysen. Zurzeit ist er wissenschaftliche Hilfskraft an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Praktikant in der Forschungsgruppe Osteuropa/Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

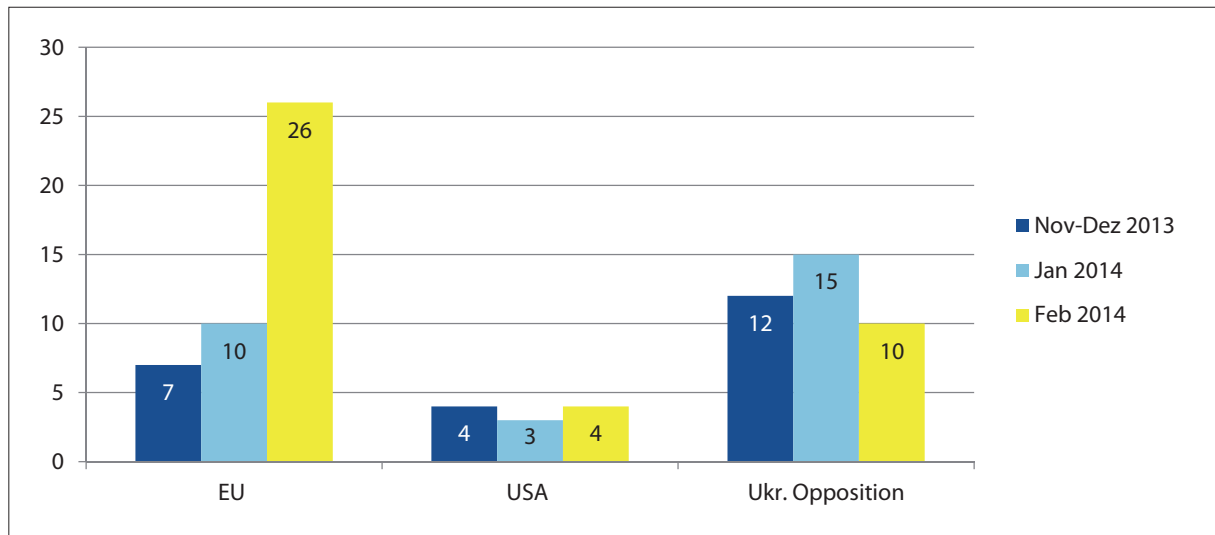
Debatte über Sanktionen gegen ukrainische Beamte

Grafik 1: Anzahl der Meldungen zu Sanktionen gegen ukrainische Beamte, erwähnt in Artikeln der Ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN vom 27.11.2013 bis zum 25.02.2014



Quelle: Jan Matti Dollbaum.

Grafik 2: Meldungen über Äußerungen zu Sanktionen gegen ukrainische Beamte nach Akteuren, erwähnt in Artikeln der Ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN vom 27.11.2013 bis zum 25.02.2014



Quelle: Jan Matti Dollbaum.

Tabelle 1: Liste der von den internationalen Sanktionen betroffenen Ukrainer

Name	Ämter	USA	Kanada	EU	Großbritannien	Österreich	Schweiz
Arbusow Serhiy	ehemaliger erster Vizepremierminister	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Asarow Mykola	Ex-Premierminister	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Asarow Oleksii	Sohn des Ex-Premierministers	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Bohatyrjowa Rajissa	Ex-Gesundheitsministerin	ja	ja	ja	ja	nein	ja
Dobkin Mychailo	Gouverneur der Provinz Charkiw	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Iwanjuschtschenko Juri	Abgeordneter, enger Vertrauter von Wiktor Janukowytsch	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Kalinin Ihor	Ex-Berater des Präsidenten	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Kernes Gennadij	Bürgermeister von Charkiw	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Klujew Andrij	ehemaliger Leiter des Präsidialamtes	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Klujew Serhij	Geschäftsmann, Bruder von Andrej Klujew	ja	ja	ja	ja	nein	ja
Klymenko Oleksandr	Ex-Minister für Einnahmen und Steuern	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Kolesnikow Borys	ehemaliger Infrastrukturminister zur Zeit der Fussballeuropameisterschaft EURO 2012	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Kolobow Juri	Ex-Finanzminister	nein	nein	nein	nein	nein	ja

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der von den internationalen Sanktionen betroffenen Ukrainer (Fortsetzung)

Name	Ämter	USA	Kanada	EU	Großbritannien	Österreich	Schweiz
Korjak Walerij	Polizeichef Kiew	nein	nein	nein	nein	ja	nein
Kosak Wolodymyr	Ex-Minister für Infrastruktur	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Kurtschenko Serhij	Geschäftsmann	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Lukasch Olena	Ex-Justizministerin	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Popow Oleksandr	Ex-Leiter der Stadtverwaltung Kiew	nein	nein	nein	nein	ja	nein
Portnow Andrij	Ex-Berater von Janukowyttsch	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Prysjaschnjuk Mykola	Ex-Minister für Agrarpolitik und Nahrungsmittelindustrie	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Pschonka Artem	Sohn des ehemaligen Generalstaatsanwalts, Vize-Fraktionschef der Partei der Regionen	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Pschonka Wiktor	Ex-Generalstaatsanwalt	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Ratuschniak Wiktor	Ex-Vize-Innenminister	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Schuliak Stanislaw	Generalleutnant	nein	nein	nein	nein	ja	nein
Siwkowytsch Wolodymyr	Ex-Stellvertretender Leiter des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates	nein	nein	nein	nein	ja	nein
Stawitzki Eduard	Ex-Minister für Energie und Kohleindustrie	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Tabatschnyk Dmytro	Ex-Bildungsminister	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Jakymenko Oleksandr	Ex-Leiter des Sicherheitsdienstes	ja	ja	ja	ja	ja	nein
Janukowytsch Oleksandr	Sohn des Ex-Präsidenten, Geschäftsmann	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Janukowytsch Wiktor	Ex-Präsident	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Janukowytsch Wiktor	Sohn des Ex-Präsidenten, Abgeordneter	ja	ja	ja	ja	nein	nein
Jefremow Oleksandr	Fraktionschef der Partei der Regionen	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Sachartschenko Witalij	Ex-Innenminister	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Insgesamt		18	18	18	18	18	20

Quelle: für die USA: FinCEN Advisory FIN-2014-A002: »Updated Guidance to Financial Institutions on Recent Events related to the Departure of Victor Yanukovych and Other Ukrainian Officials«, 06.03.14, <http://www.fincen.gov/statutes_regs/guidance/pdf/FIN-2014-A002.pdf>; für Kanada: Freezing Assets of Corrupt Foreign Officials (Ukraine) Regulations, 05.03.14, <http://www.international.gc.ca/sanctions/ukraine_developments-developpements_ukraine.aspx?lang=eng>; für die EU: Council Regulation (EU) No 208/2014 of 5 March 2014 concerning restrictive measures directed against certain persons, entities and bodies in view of the situation in Ukraine, <[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:066:0001:0010:EN:](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:066:0001:0010:EN:;)>; für Großbritannien: Consolidated List of Financial Sanctions Targets in the UK, 05.03.14, <https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/287390/ukraine.pdf>; für Österreich: Ukraine: Wien friert Konten von Janukowitsch & Co. ein, die Presse, 28.02.14, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1568671/Ukraine_Wien-friert-Konten-von-Janukowitsch-Co-ein?_v1_backlink=%2Fhome%2Fpolitik%2Faussenpolitik%2F1563377%2Findex.do&direct=11%2F5673377>; für die Schweiz: Verordnung über Massnahmen gegen gewisse Personen aus der Ukraine vom 26. Februar 2014, <http://www.admin.ch/bundesrecht/aop/00724/index.html?lang=de&download=NHzLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2YUq2Z6gpjCDeIN,gWym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A->>

CHRONIK

24. Februar – 9. März 2014

24.02.2014	Die USA warnen Russland vor einem militärischen Eingreifen in der Ukraine. Die Integrität des Staates sei sowohl im Interesse der Ukraine, der EU und der USA als auch Russlands.
24.02.2014	Ein Journalist veröffentlicht einen Brief des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Wiktor Pschonka an Wiktor Janukowytsch, in dem er den Präsidenten bittet, den Ausnahmezustand auszurufen. Das Dokument ist nicht datiert.
24.02.2014	Wiktor Janukowytsch wird zur Fahndung ausgeschrieben. Dies schreibt der kommissarische Innenminister Arsen Awakow bei Facebook. Die Anklage lautet auf »massenhafte Tötung friedlicher Bürger«. Nach weiteren Spitzenbeamten wird ebenfalls gefahndet.
24.02.2014	Der Vorsitzende des Außenausschusses des EU-Parlaments, Elmar Brok, erklärt, dass die EU der Ukraine kurzfristig einen Kredit von 20 Milliarden Euro zur Abwendung des Staatsbankrotts und zur Durchführung von Reformen zur Verfügung stellen werde, sobald es eine neue Regierung in Kiew gebe. Das Finanzministerium erklärt, man brauche insgesamt 35 Milliarden US-Dollar.
24.02.2014	Arsenij Jazenjuk verspricht, dass »Menschen vom Maidan« in die Führung möglichst vieler Ministerien eingebunden werden sollen. Es soll in jedem Ministerium einen stellvertretenden Minister für die Bekämpfung von Korruption geben. Diese Posten sollen ebenfalls von Aktivisten besetzt werden.
24.02.2014	Ein Berater des polnischen Präsidenten erklärt, man betrachte Wiktor Janukowytsch nicht mehr als Präsidenten. Dies sei eine Revolution, von Verfassungsmäßigkeit könne nicht gesprochen werden, es sei jedoch ein gerechtfertigter »Umsturz«, da ihn die Politik selbst provoziert habe.
24.02.2014	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew spricht von einer Bedrohung des Lebens russischer Staatsbürger in der Ukraine. In diesem Kontext sei die Abberufung des russischen Botschafters aus Kiew vom Vorabend zu interpretieren. Er erinnert zudem die Ukraine daran, dass Gasrechnungen zu bezahlen seien.
24.02.2014	Das Parlament entlässt den Chef der Nationalbank, Ihor Sorkin, auf eigene Initiative und ernennt den Abgeordneten der Partei Vaterland, Stepan Kubiw, zum neuen Chef der Nationalbank.
24.02.2014	Das russische Außenministerium kritisiert die Entwicklungen der vergangenen Tage scharf. In einer Erklärung wird dem Parlament seine Legitimität abgesprochen. Es entscheide systematisch gegen die Rechte der russischen Bevölkerung und anderer Minderheiten, erlaube nationalsozialistische Propaganda und strebe danach, unliebsame Meinungen zu unterdrücken.
24.02.2014	Der Bürgermeister Sewastopols, Wolodymyr Jazubi, tritt zurück. Demonstranten fordern die Einsetzung des von ihnen zuvor »gewählten« russischen Staatsbürgers Aleksej Tschalyj anstelle von Fedor Rubanow, den sie verdächtigen, ein Statthalter aus Kiew zu sein.
24.02.2014	Das Parlament ernennt Oleh Mahnyzkyj von der nationalistischen Partei Freiheit zum Generalstaatsanwalt und entlässt die Ministerin für Sozialpolitik, Natalia Korolewschaja, und den Kulturminister Leonid Nowochatko.
24.02.2014	Das Parlament befreit Vater und Sohn Pawlitschenko, die im vergangenen Frühjahr in einem hochumstrittenen Prozess zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren (s. UkraineAnalysen Nr. 112). Man hatte ihnen den gemeinschaftlichen Mord an einem Kiewer Richter vorgeworfen. Insbesondere Fußballfans hatten daraufhin beachtliche Proteste angestoßen. Die beiden werden nun als »politische Gefangene« befreit.
24.02.2014	Die Zentrale Wahlkommission eröffnet den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen.
25.02.2014	Ein Haus des Chefs der Kommunistischen Partei Petro Simonenko wird in Brand gesteckt.
25.02.2014	Julija Tymoschenko nimmt Angela Merkels Einladung, zur medizinischen Behandlung in die Berliner Charité zu kommen, an.
25.02.2014	Meldungen zufolge erklären Abgeordnete des Parlaments auf der Krim, dass Russland beginnen wolle, den Zugang zur russischen Staatsbürgerschaft erheblich zu vereinfachen, d. h. »Pässe zu verteilen«. Leonid Sluzkij, Abgeordneter der Duma, dementiert das Vorhaben später, kündigt jedoch Maßnahmen zum Schutz der »russischsprachigen Sphäre« an.
25.02.2014	Das staatliche Energieunternehmen Naftogaz überweist 1,68 Milliarden US-Dollar an Gazprom. Die Schuld beträgt insgesamt 3,3 Milliarden US-Dollar, erklärt der ukrainische Minister für Energie und Kohleindustrie, Eduard Stawizkij.
25.02.2014	Das Parlament ermächtigt den Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschinow, seit dem 21. Februar erlassene Gesetze zu unterschreiben und damit in Kraft zu setzen.
25.02.2014	Der »Rechte Sektor« ruft dazu auf, Drohungen gegen Familienmitglieder von Angehörigen der Sicherheitsbehörden umgehend einzustellen.
25.02.2014	Das Parlament beschließt Neuwahlen für den Kiewer Stadtrat und die Wahl des Kiewer Bürgermeisters und legt den Termin auf den 25. Mai 2014 fest. Am selben Datum finden auch die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen statt.

25.02.2014	UDAR-Parteichef Witalij Klitschko erklärt seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen Ende Mai. Der Fraktionschef der Partei Freiheit, Oleh Tjahnybok, schließt seine Teilnahme an der neuen Regierung aus.
25.02.2014	Die Inflation in der Ukraine ist bisher nicht gestoppt. Ein Euro kostet mittlerweile 13,50 Hrywnja – im Januar waren es knapp 11 Hrywnja.
25.02.2014	Das russische Außenministerium äußert sich kritisch zum landesweiten Phänomen der gewaltsamen Zerstörung von Denkmälern, insbesondere Leninstatuen. Es existiert dafür bereits ein neues Wort: »Leninopad«, Leninfall.
25.02.2014	Der russische stellvertretende Finanzminister erklärt, dass man keine juristische Verpflichtung habe, die restlichen 12 Milliarden US-Dollar der ursprünglich versprochenen 15 Milliarden US-Dollar an die Ukraine auszus zahlen.
26.02.2014	Der kommissarische Innenminister Arsen Awarow erklärt die Auflösung der Spezialeinheit Berkut. Angehörige dieser Einheit waren während der letzten Wochen für den Großteil der Gewalt gegen die Demonstrierenden verantwortlich, inklusive der Attacken durch Heckenschützen auf Protestierende auf und um den Maidan.
26.02.2014	Das US-Finanzministerium weist die amerikanischen Banken an, Transaktionen zu verfolgen, die im Zusammenhang mit Wiktor Janukowytsch und seiner Umgebung stehen könnten.
26.02.2014	Der russische Präsident ordnet umfassende Überprüfungen der Einsatzfähigkeit der russischen Truppen im zentralen und westlichen Teil des Landes an, an den die Ukraine grenzt.
26.02.2014	Aleksej Tschalyj, »Volksbürgermeister« nach inoffizieller Abstimmung in Sewastopol und Anführer der Anti-Maidan-Proteste, erklärt, er werde das Gesetz zur Auflösung der Berkut-Truppe nicht anerkennen und sei bereit, die lokale Einheit weiter zu finanzieren.
26.02.2014	Wiktor Janukowytsch und der ehemalige Innenminister Witalij Sachartschenko werden zur internationalen Fahndung ausgeschrieben, erklärt der kommissarische Generalstaatsanwalt Oleh Machnizkyj.
26.02.2014	In einer Videobotschaft erklärt der Fraktionschef der rechtsnationalen Partei Freiheit, dass auch in Zukunft jeder in seiner Sprache sprechen dürfe, niemand in der Ukraine wegen sprachlicher oder ethnischer Zugehörigkeit verfolgt werden würde und die Nachrichten über Einsatzkommandos nationalistischer Aktivisten auf der Krim »völliger Unsinn« seien. Seine Partei und die aktuelle parlamentarische Mehrheit würden sich für Frieden und ein gutes Zusammenleben aller in der Ukraine einsetzen. Auch Witalij Klitschko unterstreicht in einer Videobotschaft, dass keine »Radikalen« auf die Krim fahren würden, um dort Unruhe zu stiften.
26.02.2014	Vertreter der Partei UDAR heißen die Vorschläge für eine neue Regierung gut und erklären ihre Unterstützung, obgleich keine UDAR-Mitglieder für Ministerposten nominiert worden waren. Die Abstimmung über eine neue Regierung soll am folgenden Tag stattfinden.
26.02.2014	Auf der Krim gibt es Proteste für und gegen den Anschluss der Krim an Russland. Während in Sewastopol an offizieller Stelle kurzzeitig die russische Flagge gehisst wird, spricht sich der inoffizielle Vertreter der Krimtataren für einen Verbleib der Krim in der Ukraine aus. Bei Zusammenstößen verschiedener Demonstrationen gibt es bis zum Abend 30 Verletzte.
27.02.2014	Auf der Krim besetzen bewaffnete Unbekannte das Parlament und Regierungsgebäude. Der Regierungschef der Krim, Anatolij Mogilew, wird nicht zu seinem Arbeitsplatz vorgelassen. Die Besetzer tragen Uniformen ohne Erkennungszeichen.
27.02.2014	Der kommissarische Präsident Oleksandr Turtschinow wendet sich an Russland mit der Erklärung, man werde jede Truppenbewegung russischer Einheiten auf der Krim außerhalb der durch die Gesetze geregelten Territorien als Aggression werten. Die russische Armee unterhält einen Stützpunkt in Sewastopol.
27.02.2014	Wiktor Janukowytsch wendet sich an Russland mit der Bitte, seine persönliche Sicherheit zu garantieren. Später wird gemeldet, Russland habe ihn aufgenommen. Aus Rostow am Don gibt er bekannt, dass er am Folgetag eine Pressekonferenz geben wolle.
27.02.2014	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es Russland daran erinnert, dass es sich im Budapester Memorandum von 1994 dazu verpflichtet hat, gemeinsam mit westlichen Staaten die territoriale Integrität der Ukraine zu sichern.
27.02.2014	Mit 331 Ja-Stimmen wählt das Parlament eine neue Regierung. Ministerpräsident wird Arsenij Jazenjuk (Vaterland).
27.02.2014	Das russische Außenministerium ruft die NATO dazu auf, »provozierende Äußerungen« zurückzuhalten und den blockfreien Status der Ukraine anzuerkennen. In der Erklärung wird auch die neue Regierung kritisiert, da an ihr »nationale Extremisten« teilnehmen würden. Dies widerspreche der am 21. Februar unterschriebenen gemeinsamen Erklärung, nach der eine »Regierung der nationalen Einheit« hätte gebildet werden sollen. Der russische Vertreter hatte die Erklärung damals nicht unterzeichnet. Außerdem begrüßt das Außenministerium die Kooperationsangebote westlicher Staaten in Bezug auf die Ukraine und äußert, man habe dies schon lange angeboten – die Kollegen seien dazu jedoch nicht bereit gewesen.

27.02.2014	Der Chef der Partei Russische Einheit auf der Krim, Sergej Aksenow, wird vom Parlament zum neuen Ministerpräsidenten der Autonomen Republik Krim gewählt. Das Parlament ist während der Abstimmung von bewaffneten Einheiten besetzt.
28.02.2014	Österreich, Liechtenstein und die Schweiz frieren Guthaben hochrangiger ukrainischer Beamter, unter anderem etwaige Konten von Ex-Präsident Wiktor Janukowytsch und Ex-Premierminister Mykola Asarow, ein.
28.02.2014	Auf dem Flughafen in Simferopol marschieren in der Nacht russischsprechende bewaffnete Soldaten auf, die keine Abzeichen tragen, und besetzen das Gebäude. Es gibt Unklarheiten darüber, ob die Einheiten im Laufe des Tages abziehen, Zufahrtsstraßen sind durch Militärfahrzeuge ohne Nummernschilder versperrt.
28.02.2014	Das Parlament votiert für ein Hilfesuch an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wegen der Ereignisse auf der Krim. Gleichzeitig appelliert es an die Unterzeichner des Budapester Memorandums, Russland, Großbritannien und die USA, die territoriale Integrität der Ukraine zu schützen.
28.02.2014	Das Strafverfahren gegen Julija Tymoschenko wird offiziell geschlossen.
28.02.2014	Die russischen Sicherheitsbehörden stellen laut Agenturmeldungen aus Russland ehemalige Angehörige der ukrainischen Sicherheitskräfte ein, die das Land in Richtung Russland verlassen. Einige Tage zuvor war die Spezialeinheit Berkut in der Ukraine aufgelöst worden.
28.02.2014	Auf einer Pressekonferenz im russischen Rostow am Don erklärt Wiktor Janukowytsch, dass er nicht an den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai teilnehmen werde, da er sie für illegitim halte. Er beruft sich auf die zwischen ihm und der Opposition am 21. Februar unterzeichnete Kompromissvereinbarung, die Wahlen für Dezember 2014 vorgesehen hatte.
28.02.2014	In einem Telefongespräch beglückwünscht Bundeskanzlerin Angela Merkel Arsenij Jazenjuk zur Wahl zum Ministerpräsidenten und verspricht ihm deutsche Unterstützung bei der finanziellen und politischen Konsolidierung des Landes.
28.02.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow lässt erklären, dass er das Gesetz zur Rücknahme des Sprachengesetzes nicht unterzeichnen werde, sodass das Sprachgesetz vorerst in Kraft bleibe. Dieses sieht vor, dass in Regionen, in denen über 10 % der Einwohner eine Minderheitensprache sprechen, diese als zweite Amtssprache verwendet werden darf. Die Rücknahme des Gesetzes vor einigen Tagen hatte zu Aufregung unter den russischsprachigen Einwohnern des Landes geführt.
28.02.2014	Das russische Außenministerium weist das Konsulat in Simferopol auf der Krim an, russische Pässe an ehemalige Berkut-Kämpfer zu verteilen. Die russische Duma berät über Gesetzesprojekte, die es für ukrainische Staatsbürger vereinfachen würden, die russische Staatsbürgerschaft zu bekommen.
28.02.2014	Der neu ernannte Stellvertreter des Präsidenten auf der Krim, Serhij Kunizyn, erklärt, auf der Krim sei eine bewaffnete Invasion im Gange.
01.03.2014	US-Präsident Barack Obama warnt Russland vor einem militärischen Eingreifen auf der Krim und stellt fest, dass eine Intervention »ihren Preis« habe.
01.03.2014	Die internationale Gemeinschaft verurteilt Russlands Verhalten auf der Krim. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erinnert Russland an seine Verpflichtungen durch das Budapester Memorandum. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Samantha Power, ruft Russland dazu auf, die Soldaten von der Krim abzuführen.
01.03.2014	Die Exekutive der Krim stellt eine Spezialeinheit unter dem Namen Berkut zusammen, die ausschließlich der Regierung der Autonomen Republik Krim untergeordnet ist.
01.03.2014	Der Premierminister der Krim, Sergej Aksenow, bittet Russland offiziell um militärisches Eingreifen auf der Krim zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung. Er unterstellt sich durch einen Erlass außerdem alle Einsatztruppen der Krim. Aksenow war am 27. Februar 2014 vom von bewaffneten Einheiten besetzten Parlament zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Die Verfassung sieht vor, dass dies in Absprache mit dem Präsidenten geschieht.
01.03.2014	Sergej Aksenow, Ministerpräsident der Krim, verschiebt das Referendum über den Status der Krim auf Ende März. Zuvor war der Termin auf den Tag der Präsidentschaftswahl Ende Mai gelegt worden. Berichten zufolge seien sowohl bei der Wahl Aksenows als auch bei dem Parlamentsbeschluss zur Ansetzung des Referendums Fälschungen vorgekommen. Der kommissarische Präsident Oleksandr Turtschinow teilt per Erlass mit, dass die Wahl Sergej Aksenows zum Ministerpräsidenten der Krim die Verfassung sowohl der Ukraine als auch der autonomen Republik Krim verletzt hat.
01.03.2014	Sergej Aksenow, Ministerpräsident der Krim, erklärt, dass russische Soldaten sich nun an der Bewachung wichtiger administrativer Gebäude beteiligen.

01.03.2014	Das russische Unterhaus ruft Präsident Wladimir Putin dazu auf, die Bevölkerung der Krim zu schützen. Putin ersucht darauf das Oberhaus, den Föderationsrat, um die Erlaubnis, die Streitkräfte einzusetzen. Der Föderationsrat spricht wenig später die Erlaubnis aus. Dabei wird erklärt, auch Wiktor Janukowytsch habe als legitimer Präsident der Ukraine Russland um militärische Hilfe gebeten.
01.03.2014	Das Außenministerium der Ukraine teilt mit, dass Russland die Einladung zu Gesprächen im Rahmen der Unterzeichner des Budapester Memorandums ausgeschlagen habe. Die USA und Großbritannien hätten positiv auf die Einladung reagiert.
01.03.2014	Interimspräsident Oleksandr Turtschinow erklärt das Verhalten Russlands für eine direkte Aggression gegen die Souveränität der Ukraine.
01.03.2014	In einer Erklärung ruft der Rechte Sektor, der sich mit bewaffneten Einheiten an den Protesten gegen Wiktor Janukowytsch beteiligt hatte, zur sofortigen Mobilmachung auf. Man handle nicht aus Russophobie, sondern gegen imperialistische Bestrebungen. Auch die Widerstandsbewegung im Kaukasus und alle anderen »Befreiungsbewegungen Russlands« seien aufgerufen, zu handeln.
01.03.2014	Meldungen zufolge blockieren bewaffnete Unbekannte die Zufahrtsstraßen zur Krim. Sie tragen keine Abzeichen, aber orange-schwarze St.-Georgs-Bänder, die in Russland militärische Tapferkeit symbolisieren.
01.03.2014	Interimspräsident Oleksandr Turtschinow ordnet die Generalmobilmachung der ukrainischen Streitkräfte an.
01.03.2014	Das ukrainische Außenministerium wendet sich mit Hilfesuchen an die EU, die USA und die NATO. Man solle alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten überprüfen, die territoriale Integrität der Ukraine zu wahren.
02.03.2014	UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon ruft Wladimir Putin in einem Telefongespräch dazu auf, den Dialog mit der Ukraine zu suchen.
02.03.2014	Die Bundesregierung gibt bekannt, ihre Direkthilfe für die Ukraine um 20 Millionen Euro auf gut 40 Millionen Euro aufzustocken.
02.03.2014	Das Ministerkabinett erklärt, dass die Arbeit am Assoziierungsabkommen mit der EU ab sofort wieder aufgenommen wird.
02.03.2014	Die USA und Kanada berufen ihre Botschafter aus Moskau ab.
02.03.2014	In mehreren Orten auf der Krim blockieren Soldaten ohne Abzeichen die Eingänge von Kasernen der ukrainischen Armee und verlangen die Herausgabe von Waffen und den Überlauf der ukrainischen Truppen auf die russische Seite.
02.03.2014	Die Oligarchen Ihor Kolomojskij und Serhij Taruta werden zu Gouverneuren in Dnipropetrowsk und Donezk ernannt, um nach eigener Aussage die Lage in den östlichen Provinzen zu stabilisieren. Interimspräsident Turtschinow setzt die beiden neben anderen Personalentscheidungen per Erlass ein und entlässt die bisherigen Gouverneure.
02.03.2014	Der erst kürzlich eingesetzte Kommandeur der Krim-Flotte Denis Beresowski leistet einen Eid auf die neue Krimregierung und unterstellt sich damit den pro-russischen Kräften.
03.03.2014	Die Gruppe der G7 erklärt, die Vorbereitungen für das G8-Gipfeltreffen in Sotschi im Juni zu suspendieren.
03.03.2014	Aktien russischer Unternehmen brechen auf der russischen Börse um 10 bis 15 % ein. Der Euro kostet zeitweilig knapp 50 Rubel.
03.03.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die russischen Truppen auf der Krim würden die ukrainischen Radikalen »zur Vernunft bringen«.
03.03.2014	In Donezk besetzen Protestierende das Regierungsgebäude der Region.
03.03.2014	Die Zentrale Wahlkommission erklärt, dass ein Referendum über territoriale Fragen, wie es auf der Krim anberaumt wurde, nicht in einer einzelnen Region stattfinden dürfe, auch wenn die Krim gewisse Autonomierechte genießt. Ein solches Referendum müsse landesweit abgehalten werden.
03.03.2014	Berichten zufolge stellt die Schwarzmeerflotte Russlands den ukrainischen Streitkräften auf der Krim ein Ultimatum, bis 5 Uhr des nächsten Tages die Waffen abzugeben. Andernfalls würden Kasernen gestürmt und Gewalt eingesetzt.
03.03.2014	Russland beruft eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates ein, um über die Situation in der Ukraine zu sprechen.
03.03.2014	Über den Grenzübergang Kertsch dringen offenbar weitere Armeefahrzeuge mit bewaffneten Personen in die Ukraine ein.
04.03.2014	Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums wird in Russland Kriegsgerät an den Grenzen zur Ukraine in Stellung gebracht, darunter 15 Panzer. Putin erklärt gleichzeitig das Übungsmanöver im südlichen und westlichen Militärbezirk für beendet.
04.03.2014	Die USA unterbrechen ihre militärische Zusammenarbeit mit Russland wegen der Situation in der Ukraine.

04.03.2014	Die USA versprechen der Ukraine Kredite im Umfang von einer Milliarde US-Dollar. Auch die erste Tranche eines Drei-Milliarden-Dollar-Kredits vom IWF könnte in den nächsten Tagen überwiesen werden. Eine Mission des IWF reist ins Land, um den tatsächlichen Finanzbedarf der Ukraine zu ermitteln.
04.03.2014	Das Parlament ratifiziert ein Memorandum, nach dem die Ukraine nun 610 Millionen Euro Finanzhilfen aus der EU erhalten kann.
04.03.2014	Der russische Gaskonzern Gazprom kündigt an, die seit Dezember 2013 geltenden Kredite auf ukrainische Gasimporte im April wieder zu streichen. Der deutsche Konzern RWE erklärt daraufhin, dass man bereit sei, Gas in die Ukraine zu liefern. Auch die Slowakei gibt zu erkennen, dass man Gas zurück in die Ukraine leiten könne, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren.
04.03.2014	Auf einer Pressekonferenz lehnt der russische Präsident Wladimir Putin die Verpflichtungen zum Schutz der territorialen Integrität der Ukraine im Rahmen des Budapest-Memorandums ab. Mit diesem Staat habe man keine Verträge unterzeichnet. Putin weist zugleich auf die ausstehende Gasschuld der Ukraine hin, die auf zwei Milliarden US-Dollar steigen könnte.
04.03.2014	Der EU-Energiekommissar Günther Oettinger erklärt, dass auch die Gasschulden der Ukraine in einem in der Aushandlung befindlichen Hilfspaket der EU abgedeckt werden könnten.
04.03.2014	Die aus der Haft entlassene ehemalige Ministerpräsidentin Julia Tymoschenko tritt für einen Ausstieg der Ukraine aus dem Vertrag mit Russland über die Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Krim ein. Weiterhin erklärt sie, dass die Ukraine bis 2020 Energieunabhängigkeit von Russland erlangen solle.
04.03.2014	Ein Kiewer Verwaltungsgericht erklärt das Misstrauensvotum gegen die abgesetzte Krimregierung und die Einsetzung des amtierenden Ministerpräsidenten Sergej Aksenow für unrechtmäßig.
05.03.2014	In Donezk räumt die Polizei das Gebäude der Stadtverwaltung, das von so genannten pro-russischen Separatisten besetzt worden war.
05.03.2014	Nach Berechnungen der russischen Zeitung »Kommersant« sind ukrainische Firmen bei russischen Banken im Umfang von insgesamt zehn Milliarden US-Dollar verschuldet.
05.03.2014	Russland schreibt den Anführer des Rechten Sektors, Dmitro Jarosch, zur internationalen Fahndung aus. Ihm wird vorgeworfen, öffentlich extremistische Kräfte zu antirussischen Aktionen aufzurufen.
05.03.2014	Die Kiewer Schewtschenko-Universität erteilt einen Ruf an Andrej Subow, der vor wenigen Tagen seines Postens an der Moskauer Lomonossow-Universität enthoben worden war. Er hatte in einem Artikel die Besetzung der Krim durch russische Truppen mit dem Anschluss Österreichs ans Dritte Reich verglichen.
05.03.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft klagt den abtrünnigen Flottenadmiral Denis Beresowskij, der zur pro-russischen und höchst umstrittenen zustande gekommenen Krimregierung übergelaufen war, wegen Hochverrats an.
05.03.2014	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärt, dass die EU in den nächsten Jahren Finanzhilfen im Umfang von elf Milliarden Euro zur Verfügung stellen werde. Zu dem Hilfspaket gehören u. a. auch Investitionsprogramme und Vorschläge zur Liberalisierung. Zudem könnte die EU auf Importzölle ukrainischer Waren verzichten.
05.03.2014	Die ukrainischen Grenztruppen werden verstärkt. Eine Operation mit Namen »Grenze« beginnt, die die Einreise »russischer Provokateure« verhindern soll.
05.03.2014	Die Blockade ukrainischer Armeestützpunkte und Kasernen durch Soldaten ohne Abzeichen, die den russischen Spezialeinheiten zugerechnet werden, dauert an. In Kertsch und Balaklawa werden ukrainische Einheiten aufgefordert, die Waffen abzugeben.
05.03.2014	Das Regionalparlament in Cherson in der Südukraine erteilt separatistischen Bestrebungen eine Absage und spricht sich für die territoriale Integrität der Ukraine aus.
05.03.2014	Der Sondergesandte der Vereinten Nationen, Robert Serry, wird auf der Krim von bewaffneten Unbekannten aufgefordert, die Halbinsel zu verlassen. Nach mehreren Drohungen leistet er den Aufforderungen Folge.
05.03.2014	In Donezk stoßen Protestierende für eine russische Intervention mit Kriegsgegnern zusammen, es kommt zu einer Massenschlägerei. Auf beiden Demonstrationen waren mehrere Tausend Menschen erschienen.
05.03.2014	Andrij Parubij, vormals »Anführer« des Maidan und heutiger Chef des nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, bestätigt Gerüchte, denen zufolge der US-amerikanische Flugzeugträger »George Bush« auf dem Weg ins Schwarze Meer sei.
06.03.2014	Die EU setzt die beschlossenen Sanktionen gegen ukrainische Beamte um. Es werden die Konten von 18 Beamten und Unternehmen eingefroren, die mit der Veruntreuung staatlicher Mittel in Verbindung gebracht werden.
06.03.2014	Die Regierung der Krim beschließt den Anschluss der Krim an Russland. Gleichzeitig wird das Referendum über diese Frage zum zweiten Mal vorverlegt – auf den 16. März 2014.

06.03.2014	Die Beobachtermission, die die OSZE auf die Krim entsandt hat, wird nicht auf die Halbinsel vorgelassen. Uniformierte fangen die Delegation ab und hindern sie an der Weiterfahrt. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kritisiert die Blockade und erklärt, der politische Dialog sei der einzige Weg aus der Krise.
06.03.2014	Wegen der Krise auf der Krim erlassen die USA Visabeschränkungen gegen russische Beamte und Politiker. Wladimir Putin selbst sei nicht darunter. Diese Sanktionen seien ein erster Schritt, heißt es im Weißen Haus.
06.03.2014	Refat Tschubarow, Vorsitzender der Vertretung der Krimtataren, ruft zum Boykott des für den 16. März 2014 angesetzten Referendums über den Anschluss der Krim an Russland auf. In dieser Situation würde ein Referendum nur zur weiteren Destabilisierung der Krim beitragen.
06.03.2014	Die ukrainischen Fernsehsender »Fünfter Kanal« und »1+1« werden auf der Krim abgeschaltet. Uniformierte Unbekannte – unbewaffnet – umstellen zudem die staatliche Sendeanstalt »Krim«.
06.03.2014	Der Inlandsgeheimdienst der Ukraine ermittelt gegen Abgeordnete des Parlaments der Krim wegen verfassungswidriger Vorbereitung des Anschlusses an Russland.
06.03.2014	Wegen einer »groben Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine« unterbricht die EU ihre Verhandlungen mit Russland über Visa-Liberalisierung und einen neuen EU-Russland-Vertrag.
06.03.2014	Das Gesundheitsministerium korrigiert die Zahl der Todesopfer der Proteste in den vergangenen Monaten auf 100. In den Krankenhäusern Kiews und der Regionen seien in den vergangenen Tagen noch einige Menschen gestorben. 16 Polizisten sind unter den Toten. Insgesamt hat es unter den Kiewer Aktivisten 1.075 Verletzte gegeben, von denen 698 ins Krankenhaus eingeliefert worden sind.
07.03.2014	Der UN-Sicherheitsrat hält das Referendum auf der Krim für gesetzeswidrig. Nur ein gesamtstaatliches Referendum könne über die Zugehörigkeit eines Teils zum Staat entscheiden.
07.03.2014	Der Interimspräsident Oleksandr Turttschinow entlässt den Kiewer Bürgermeister Wolodymyr Makeenko. Dieser war erst am 25. Januar von Wiktor Janukowytsch eingesetzt worden und hatte im Februar als einer der ersten Angehörigen der Elite Janukowytschs öffentlich dessen Handlungen kritisiert und sich mit der Wiedereröffnung der Kiewer Metro dessen Befehlen widersetzt.
07.03.2014	Vertreter des Rechten Sektors erklären, dass man vorhabe, die informelle Gruppierung zur Partei zu machen. Gleichfalls wird bekannt, dass Dmytro Jarosch, Anführer der rechtsnationalen Dachorganisation, bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai kandidieren werde.
07.03.2014	Premierminister Arsenij Jazenjuk erklärt, dass man bereit sei, mit Russland eine »neue Form des Verhältnisses« aufzubauen, wenn die russische Seite die Truppen von der Krim entferne, bilaterale und internationale Verträge einhalte und die Unterstützung von »Separatisten und Terroristen« auf der Krim beende.
07.03.2014	Grenzschilder der Ukraine berichten, dass sich bereits 30.000 russische Soldaten auf der Krim aufhalten. Regelmäßig sind dort im Rahmen eines Vertrages über die russische Schwarzmeerflotte 13.000 bis 15.000 russische Soldaten stationiert.
07.03.2014	Mit »Inter« wird der dritte ukrainische Fernsehsender auf der Krim abgeschaltet. Auf seiner Frequenz wird nun der russische Sender »NTW« übertragen.
07.03.2014	Aleksej Miller, Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, droht mit der Einstellung der Gaslieferungen. Er beziffert die ukrainischen Gasschulden auf knapp zwei Milliarden US-Dollar und erklärt, die Ukraine habe die Zahlungen faktisch eingestellt. Man könne nicht ausschließen, dass unter diesen Umständen eine Situation wie die von Anfang des Jahres 2009 vermieden werden könnte. Damals hatte Russland kurzfristig die Gaslieferungen gestoppt.
07.03.2014	Per Erlass erklärt der Übergangspräsident Oleksandr Turttschinow sowohl die Entscheidung der Krimregierung über einen Beitritt der Halbinsel zur Russischen Föderation als auch das angesetzte Referendum zu dieser Frage für ungültig.
07.03.2014	Berichten zufolge werden Journalisten des ukrainischen Fernsehsenders »Inter« in Simferopol verprügelt.
08.03.2014	In Sewastopol kursieren Berichte, dass russische Soldaten einen Stützpunkt der ukrainischen Armee erstürmen. Auch ein Grenzposten auf der Krim soll von russischen Einheiten eingenommen worden sein.
08.03.2014	Die befreite ehemalige Ministerpräsidentin Julia Tymoschenko trifft zur medizinischen Behandlung in der Berliner Charité ein.
08.03.2014	Außenminister Andrej Deschtschiza berichtet, dass die Ukraine, die EU und Russland über die Einrichtung einer Kontaktgruppe beraten.
08.03.2014	Es tauchen Berichte über ein angeblich verminertes Feld im Dorf Tschongar auf der Krim auf, wo sich russische und ukrainische Einheiten gegenüberstehen.
08.03.2014	In Donezk, Mariupol und Charkiw demonstrieren einige hundert bis einige tausend Menschen für eine Föderalisierung des Landes, für die strafrechtliche Verfolgung »nationalistischer Aktivitäten« und für eine »Zusammenarbeit mit Russland«.

08.03.2014	Auf der Krim gibt es weitere Übergriffe bewaffneter Männer in Uniformen auf Journalisten, diesmal Freiwillige des Internetsenders »Hromadske TV«. Die Journalisten werden gezwungen, ihre Datenträger abzugeben, zudem wird ihre Ausrüstung zerstört.
08.03.2014	Der Beobachtermission der OSZE gelingt es auch beim dritten Versuch nicht, Zugang zur Krim zu erhalten. Als sie sich dem Übergang zur Halbinsel nähert, werden Warnschüsse abgegeben.
08.03.2014	Die Grenzsicherungstruppen der Ukraine erklären, »Extremisten« hätten auf ein Aufklärungsflugzeug das Feuer eröffnet.
08.03.2014	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärt, die EU werde die politischen Teile des Assoziationsabkommens mit der Ukraine noch vor den Präsidentschaftswahlen unterzeichnen. Man sei gegenüber der Ukraine »zur Solidarität verpflichtet«.
09.03.2014	In dem Dorf Tschernomorskoe auf der Krim besetzen angeblich russische Soldaten einen Posten der ukrainischen Grenzschrützer.
09.03.2014	In Simferopol verschwindet Andrij Schtschekun, der Organisator des lokalen Euromaidans. Genaue Informationen über den Grund sowie über seinen Aufenthaltsort sind nicht zu ermitteln.
09.03.2014	Meldungen zufolge zieht Russland weitere Truppen im östlich der Krim gelegenen russischen Noworossijsk zusammen und verstärkt seine Truppen im de facto von der Republik Moldau unabhängigen Landesteil Transnistrien.
09.03.2014	Der Minister für Energie und Kohleindustrie Jurij Prodan gibt bekannt, dass der Preis für russisches Gas ab April voraussichtlich 368,5 US-Dollar pro tausend Kubikmeter betragen werde. Durch den nun aufgehobenen Rabatt hatte der Preis zuvor bei ca. 260 Dollar gelegen.
09.03.2014	Im ostukrainischen Luhansk stürmen prorussische Demonstranten die Regionalverwaltung und zwingen den Gouverneur, ein Rücktrittsgesuch zu unterschreiben. Vor dem Gebäude demonstrieren ca. 10.000 Menschen und singen die russische Hymne.
09.03.2014	Im Laufe des Tages werden mehrere Militärflughäfen besetzt, teilweise von bewaffneten Uniformierten ohne Abzeichen, teilweise von russischen Soldaten mit offiziellen Abzeichen.
09.03.2014	Tony Blinken, Berater des US-Präsidenten Barack Obama in Fragen nationaler Sicherheit, erklärt, dass Washington und »ein großer Teil der Welt« eine Annexion der Krim durch Russland nicht anerkennen werden, und droht mit weiteren Sanktionen gegen Russland.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Malygina

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>